

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Bau-Abschluss: Mehr Lohn für alle, und der FAR ist gesichert. Seite 9

Gewalt an Frauen:

Uns reicht's!

- 16 Aktionstage
- Proteste gegen **Churer Skandal-Urteil**
- Was sich alles **ändern** muss u. v. m.

Das work-Dossier Seiten 10–12

FOTOS: FRANZISKA SCHEIDEGGER / GETTY IMAGES / UNIA

Erfolg für Stahl-Büezer

Die Mobilisierung für Gerlafingen hat sich gelohnt. Was jetzt zu tun ist. Seite 5

Der autonome McDonald's

Wenn die Büezerinnen und Büezer die Bude selber schmeissen. Seite 15

Gut gebildet ist halb gekämpft

Movendo bildet Büezerinnen und Büezer breit aus. work stellt Highlights aus dem neuen Jahresprogramm vor. Seiten 18–19





workedito
Anne-Sophie Zbinden

ZUM HAARÖLSEICHEN!

Zugegeben, manchmal kippt die Welt ins Dunkel. Und damit ist nicht nur diese Jahreszeit gemeint, in der es morgens auf dem Weg zur Bütz noch finster ist und abends auf dem Heimweg schon wieder. Sondern auch elende Kriege, die tödliche Klimakrise und die zunehmenden Geld-

Handeln aus Empörung ist der Stoff, aus dem Wandel gemacht ist.

sorgen der vielen bei gleichzeitig wachsenden Geldbergen von Einzelnen. Und als ob das alles nicht schon mehr als genug wäre, zieht

jetzt mit Trump ein unberechenbarer Sexist, Lügner und Betrüger ins Weisse Haus als Präsident des mächtigsten Landes der Welt (Seite 13). Das ist doch zum Haarölseichen!

HEITER. Was tun? Sich empören, um nicht in Schockstarre zu verharren. Sich empören, immer und immer wieder. Und dann handeln. «Empörung als Schlüssel zum Engagement», wie es Stéphane Hessel (1917–2013) schreibt. Hessel wurde während des Ersten Weltkriegs in einer deutsch-polnisch-jüdisch-protestantischen Familie in Berlin geboren. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er in der Résistance gegen die Nazis, kam ins KZ Buchenwald, dann Bergen-Belsen. Unter falscher Identität gelang ihm die Flucht. Hessel nennt sein Überleben heiter «eine Folge glücklicher Wendungen».

MILITANT. Er prangert in seinem 2010 erschienenen Buch «Empört euch!» an, und zwar noch immer topaktuell: die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten, den Sozialabbau, insbesondere bei den Renten, den Rückgang der Medienvielfalt und ihre gefährdete Unabhängigkeit, den beschränkten Zugang zur Bildung, mangelnde Umweltpolitik hinsichtlich des Klimawandels. Und fordert eine öffentliche Kontrolle über Energiekonzerne und Banken, echte Wirtschaftsdemokratie, Unterordnung des Profits unter das Gemeininteresse. Hessel: «Wenn man sich über etwas empören kann, wird man militant, stark und engagiert.»

MUTIG. Viele nennen sein Buch abschätzig ein «Pamphlet der Hoffnung», naiv oder oberflächlich. Mag sein. Aber Handeln aus Empörung über Ungerechtigkeiten ist der Stoff, aus dem echter Wandel gemacht ist. Das haben die Stahlarbeiterinnen und -arbeiter von Gerlafingen eindrücklich gezeigt. Mutig stellten sie sich der Massenentlassung entgegen und können nun «unbeschwert Weihnachten feiern» (Seite 5). Oder der solidarische McDonald's in Marseille, «L'Après M». Aus Empörung über miserable Arbeitsbedingungen und hungernde Kinder hat Kamel Guemari ein Projekt ins Leben gerufen, das Hoffnung gibt und Kinder ernährt (Seite 15).

KRAFTVOLL. «Neues schaffen heisst Widerstand leisten. Widerstand leisten heisst Neues schaffen», so Hessels berühmtestes Zitat. Nicht hinnehmen, dass Frauengeschichten im Dunkeln bleiben, sich darüber empören, dass Frauen keine politischen Rechte haben: das zeichnet Leben und Werk der preisgekrönten Historikerin und Feministin Elisabeth Joris aus (Seite 17). Die Wut darüber, dass Frauen noch immer sexualisierter, teils tödlicher Gewalt ausgesetzt sind, trieb Tausende Menschen auf die Strassen von Bern. Sie setzten ein kraftvolles Zeichen des Widerstandes gegen alle Trumps dieser Welt (Seite 12).

Gerüstbau-GAV mit wegweisenden Fortschritten, aber...

Alarmierende Unfallstatistik: Kaum ein Beruf ist gefährlicher

Beim Thema Znünpause ist der Gerüstbau der Zeit voraus – dank dem neuen GAV. Doch bei der Arbeitssicherheit ist die Branche Schlusslicht. Das will die Unia-Berufskonferenz jetzt ändern!

JONAS KOMPOSCH

Jetzt ist es definitiv. Die Gerüstbaubranche führt eine für die Schweiz wegweisende Neuerung ein: «Znüni näh» gilt künftig als Arbeitszeit! Konkret müssen ab dem 1. April 2025 alle Gerüstfirmen eine bezahlte Znünpause von 15 Minuten gewähren – ohne Verlängerung des Arbeitstags. Damit reduziert sich die Jahresarbeitszeit um rund 60 Stunden. Dem entsprechenden GAV-Entwurf haben die in der Unia organisierten Gerüst-

Der Gerüstbau gehört bei der Suva seit Jahren zu den Sorgenkindern.

monteure an ihrer Berufskonferenz vom 9. November deutlich zugestimmt. Die Arbeitgeber hatten dies schon zuvor getan. Damit winken den Gerüstbauerinnen und -bauern bald auch ein automatischer Teuerungsausgleich und ein obligatorischer Lohnzuschlag von 25 Prozent auf Samstagarbeit (alle Neuerungen nachzulesen unter rebrand.ly/geruest-gav25).

Das vereinbarte Verbesserungspaket helfe, die Attraktivität der Branche zu steigern und auf den Fachkräftemangel und das Wiedereinsetzen der Teuerung zu reagieren, teilen die drei Vertragspartner – Unia, Syna und Schweizerischer Gerüstbauunternehmerverband (SGUV) – in einem gemeinsamen Communiqué mit. Dies war auch der Tenor an der Gerüstbziezer-Konferenz. Doch da waren auch noch andere Töne.

BEI DER SICHERHEIT HAPERT'S

Der Genfer Julio Azedou (59) arbeitet seit Jahrzehnten auf dem Beruf, heute als Gruppenführer bei Roth. Er sagt: «Die erreichten Fortschritte sind sehr wichtig, und ich bin allen dankbar, die sich dafür eingesetzt haben!» Gleichzeitig müsse anerkannt wer-



KONZENTRATION IST GEFRAGT: Wer im Gerüstbau fahrlässig arbeitet, gefährdet sich, andere Bauleute und Passanten. FOTO: KEYSTONE

den, dass auf den Baustellen der Stress «stark zugenommen» habe. Darunter litten Qualität und Sicherheit. Balde Derno (36) aus Lausanne, auch er ein Gruppenführer, sieht noch ein Problem: «Es gibt immer mehr Temporäre, die keine Ahnung haben von den geltenden Sicherheitsvorschriften oder wie man einen Verletzten rettet.» Die Firmen müssten daher verpflichtet werden, ihr Personal besser zu schulen, meint Derno. Denn wer im Gerüstbau fahrlässig arbeite, gefährde nicht nur sich selbst, sondern letztlich alle Bauleute und im Extremfall sogar Passanten.

Diese Meinung teilte die gesamte Berufskonferenz; sie beschloss eine entsprechende Schwerpunktsetzung fürs kommende Jahr. Nötig erschien dies, da die Arbeitgeber in den GAV-Verhandlungen ausgerechnet bei der Sicherheit klemmten: Die Forderung nach mindestens drei Arbeitern pro Equipe lehnten sie ab. Dies, obwohl klar ist, dass die notfallmässige Bergung eines Verletzten durch eine Person alleine schwer zu bewerkstelligen ist. Erst recht, wenn der Verunfallte in einem Sicherheitsgürtel kopfüber in der Luft hängt. Dann zählt jede Minute! Aber auch klare Regeln für die Einstellung der Arbeit bei Schlechtwetter und Extremtemperaturen wollten die Arbeitgeber nicht. An der Berufs-

konferenz sorgte dies für reichlich Diskussionsstoff – auch weil die Unfallstatistik ein überdeutliches Bild zeichnet.

DAS RISIKO STEIGT

Die Suva führt genaustens Buch über das Unfallgeschehen in den einzelnen Branchen. Der Gerüstbau gehört dabei seit Jahren zu den Sorgenkindern. Das zeigen schon die horrenden Versicherungsprämien, die Gerüstbauunternehmen der Suva abliefern müssen. Denn das Prämiensystem der Suva verlangt, dass jede Branche ihre Kosten selbst trägt. Im Gerüstbau liegt die Nettoprämie aktuell bei 5,74 Prozent – und damit mehr als doppelt so hoch wie im ebenfalls nicht gerade risikoreichen Bauhauptgewerbe. Noch höhere Prämien zahlen nur die Branchen «Adventuresport» und «Personalverleih Berufssport».

Die Suva-Zahlen zeigen ausserdem, wie eklatant das Risiko gestiegen ist. So lag die Zahl der schweren Unfälle 2023 um ganze 86 Prozent höher als noch 2014! Und dies, obwohl die Zahl der Vollbeschäftigten in der gleichen Zeit nur um 28 Prozent gestiegen ist. Auch beim Absenkrisiko und den Schwerstunfällen stellt die Suva eine negative (also zunehmende) Tendenz fest – letzteres abermals im Unterschied zum Bauhauptgewerbe.



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit ist sie freiwillige, nicht ganz unabhängige Beobachterin des Wahlkampfes in den USA. Direkt aus dem Schweizer Wohnzimmer.

Künzi wählt Meringue

Ich kann's nicht glauben: Der Spinner hat gewonnen. Und jetzt? Schagge sagte: «Jetzt fahren wir aufs Land!» Als sie meinen zweifelnden Blick sah, sagte sie: «Back to the roots und Meringue essen.» Ich liebe Meringue. Wir sind mit einem Mobility aufs Land gefahren, um mit echten Urschweizern zu reden und wegen der Meringue. Wir fanden sie im «White Horse» (ehemals «Rössli»). Die sieben Männer am Stammtisch sagten, sie hätten auch Trump gewählt, wenn sie Amerikaner wären. Der packe wenigstens richtig an (meinten sie die Frauen, die Trump gegen ihren Willen an der intimsten Stelle gepackt hatte?). Der sage endlich mal, was alle denken (dass Ausländer Katzen und Hunde essen?), der werde so was von Aufräumen mit all den Migranten (ah genau, weil ja so viele Schweizer in der Pflege, auf dem Bau, in der Gastro und beim Abfall schaffen möchten). Der rede nicht nur, der handle (yeah, er schafft endlich das blöde Bildungsministerium ab! Bloss keine Bildung mehr, sonst könnten die Leute noch das mit der Gewaltenteilung lernen).

ECHTE MÄNNER. Ausserdem käme er bei Wirtschaft extrem gut draus (ja, drum hat er so viele Firmen in den Konkurs geritten). Er habe sehr einflussreiche Freunde (zum Beispiel den anderen Spinner, Elon Musk). Trump wer-

de dafür sorgen, dass die Leute wieder von ihrer Arbeit leben können (aber sicher, als Milliardär interessiert er sich bestimmt ernsthaft für die Löhne der einfachen Leute). Er werde den Krieg in der Ukraine subito beenden (yes, es wäre sowieso besser, wenn es nur noch Russland und Amerika gäbe statt all die komischen Länder wie Finnland, Ukraine, Schweiz und so). Es werde endlich wieder nur zwei Geschlechter geben (genau, nämlich echte Männer und falsche!), und der Klimawandel höre dann sofort auf (draussen schneite es wunderschön). Man könnte Autobahnen ausbauen und den ganzen Tag Fleisch essen (ich bekam Hunger). Man könne endlich wieder laut «Schlampe» sagen, ohne deswegen blöd angeschaut zu werden (ich schaute blöd). Man sei einfach wieder freier (ausser natürlich die Frauen, die nicht mehr abtreiben dürfen), und jeder könne eine Waffe haben. Einfach so.

AB I DCHUCHI! An dieser Stelle des «Trump-Gebetes» legte einer der Urschweizer feierlich sein Sturmgewehr auf den Tisch und grinste. Ich dachte, shit, gleich wird er uns Öko-Schlampen erschiessen. Schagge schwitzte. Da kam die Wirtin ganz langsam zum Tisch, packte das Gewehr und sagte: «So, Buebe, jetzt längt's! Erstens keine Gewehre im «Rössli»! Zweitens fertig mit dem dumme Gschnurr! Die Welt wird sicher nicht besser mit Duble wie Trump und Putin. Drittens: Rolf, ab i dChuchi, zwei Meringue, bitte, extra large.» Sie zwinkerte uns zu. Die Männer zottelten murrend ab, und ich dachte: Es braucht einfach mehr Wirtinnen auf dieser Welt. Und Meringue!

IN SORGE UM IHR UNGEBORENES:
Rosana Valdez wurde entlassen, nachdem sie den Arbeitgeber über ihre Schwangerschaft informiert hatte.

FOTOS: PATRICK GERMAN, SHUTTERSTOCK



Rosana Valdez (26) wollte nur ihr Baby schützen, aber:

Zalando-Zulieferer erschasst Schwangere!

Bei Zalandos Retourenabwickler MS Direct in Arbon TG chrampfen Hunderte Migrantinnen zu lausigen Löhnen. Jetzt muss eine Schwangere sogar gegen ihren Rauswurf kämpfen.

JONAS KOMPOSCH

Manchmal boxt und strampelt es schon – das Baby im Bauch von Rosana Valdez*. Die 26-jährige Spanierin ist im fünften Monat schwanger. «Eigentlich freue ich mich riesig», sagt Valdez, «aber wie die mich behandelt haben, macht mich fertig!» Mit «die» ist die Personalabteilung der MS Direct AG gemeint. Die St. Galler Logistikfirma ist spezialisiert auf die Retourenverarbeitung für Online-Kleiderhändler und beschäftigt laut Eigenangaben mehr als 600 Mitarbeitende. Hauptkunde ist Zalando. Für den Berliner Versandriesen wickelt MS Direct den Grossteil aller Schweizer Retouren ab. Der entsprechende Betrieb ist in einer alten Industriehalle in Arbon im Kanton Thurgau untergebracht. Auch Valdez hat dort gearbeitet – für brutto 17.98 Franken pro Stunde. Um 6 Uhr war jeweils Schichtbeginn, um 14 Uhr war Schluss. Doch Valdez sagt: «Oft wurden wir schon nach wenigen Stunden heimgeschickt.»

Das ist kein Zufall. Die Ultra-Flexibilität gehört zur Businessstrategie von MS Direct – und ist in Valdez' Arbeitsvertrag sogar festgehalten: Die konkrete Arbeitszeit ergebe sich «je nach Bedarf und Aufgebot», heisst es da. Und: «Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, dem

Arbeitnehmer mehr als den Mindesteinsatz anzubieten.» Bei Valdez entsprach dieser Mindesteinsatz einem Mini-Pensum von 25 Prozent. Doch faktisch gearbeitet hat sie viel mehr. Über die Runden kam sie trotzdem nur dank dem Bauarbeiterlohn ihres Mannes. Valdez hat im Oktober gerade mal 1700 Franken Lohn bekommen. Über drei Wochen – oder 110 Stunden – hat sie dafür gearbeitet.

AUFSEHER: «HOPP, HOPPI!»

Paket öffnen, Kleidung checken (auf Defekte oder Schmutz) und beschnuppern (auf üble Gerüche), wenn nötig reinigen, zusammenfalten und wieder verpacken. Das war Valdez' immergleiche Aufgabe. Pro Stunde habe sie 55 Pakete bearbeiten müssen – also fast eines pro Minute. «Schon das ist extrem», sagt Valdez, «aber wenn dann noch eine Grossretoure oder etwas Verschmutztes kommt, gerätscht du endgültig ins Hintertreffen.» Der Stress sei enorm gewesen. Vorgesetzte hätten ständig «Hopp, hopp!» gerufen und den Arbeiterinnen, fast ausnahmslos Ausländerinnen, regelrecht eingeheizt.

Valdez machte sich Sorgen um ihr Ungeborenes, zumal sie immer wieder mit schweren Paketen hantieren musste. Also informierte sie ihre Chefs über die Schwangerschaft. Verpflichtet wäre sie dazu nicht gewesen. Doch sie sagt: «Ich wollte einfach transparent sein.» Zudem habe sie sich etwas mehr Rücksicht erhofft, immerhin stehe die Gesundheit ihres Kindes auf dem Spiel. Doch statt mehr Rücksicht erhielt Valdez noch am selben Tag die Kündigung – mit einer Frist von sieben Tagen. Und: MS Direct wähnt sich dabei sogar im Recht!

FADENSCHENIGE BEGRÜNDUNG

Dies, weil Valdez noch in der Probezeit war. Tatsächlich gilt dann das absolute Kündigungs-

verbot für Schwangere nicht. Aber: Selbst wenn einer werdenden Mutter in der Probezeit gekündigt wird, darf der Kündigungsgrund nicht die Schwangerschaft sein. Das besagt das Diskriminierungsverbot im Gleichstellungsgesetz. Laut MS Direct ist es denn auch Valdez' angeblich «ungenügende Produktivität», die zu ihrer Entlassung geführt habe. Zudem betont die Firma, sie lege «grossen Wert auf einen fairen und respektvollen Umgang mit allen Mitarbeitenden» und halte sich «natürlich» an die Gesetze.

«Wie die mich behandelt haben, macht mich fertig!»
BÜEZERIN ROSANA VALDEZ*

Valdez dagegen ist sich sicher, dass einzig und allein die Schwangerschaft für ihren Rauswurf ausschlaggebend war. Denn an jenem Tag sei nur sie entlassen worden. Zudem habe sie nie eine Verwarnung bekommen. Im Gegenteil seien die Vorgesetzten stets zufrieden gewesen mit ihrer Leistung. «Sonst hätten sie mir ja kaum immer mehr Schichten gegeben, als es mein Pensum vorschah!» Und noch etwas macht Valdez wütend.

DER LETZTE BEFEHL

Im Kündigungsschreiben wird behauptet, ihre Vorgesetzten hätten sich mit ihr über den Kündigungsgrund «eingehend unterhalten». Merkwürdig! Denn Neueinwanderin Valdez versteht noch fast kein Deutsch. Man habe eine Übersetzungapp beigezogen, erklärt die Personalabteilung auf Nachfrage. «Das ist eine glatte Lüge!» sagt dagegen Valdez. Eine Übersetzung habe es nie gegeben. Das einzige, was sie verstanden habe, sei ein letzter Befehl gewesen: «Paket fertigmachen und dann ab nach Hause!»

So oder so. Sollte MS Direct an der Kündigung festhalten, will Unia-Mitglied Valdez Klage einreichen.



FOTO: SCREENSHOT SRF

CEO Milo Stössel: «Niemand muss diesen Job machen!»

Die Tiefelöhne bei MS Direct sind berüchtigt. 2017 lancierte die Unia eine Kampagne für faire Arbeitsbedingungen. MS-Direct-CEO und VR-Präsident **Milo Stössel** (45) reagierte auf seine Art: 2018 zeigte ihn die SRF-«Rundschau», wie er den Arbeiterinnen zum Valentinstag rote Rosen überreichte. Blumen statt anständiger Löhne? Stössel sieht es anders: «Wenn man nicht will, muss man diesen Job ja nicht machen.» Sagt einer, der nach seinem HSG-Studium die Familien-Holding vom Vater erben konnte.

SCHLECHTER GAV. Laut Arbeiterin Valdez müssen in Arbon pro Stunde 55 Pakete bearbeitet werden. Laut MS Direct sind es «nur» 35. Dass dies gut machbar sei, wollte Stössel der «Rundschau» gleich selbst beweisen. Doch schon beim ersten Paket überschritt er das Zeitlimit massiv. Geschadet hat es Stössel kaum. Der KMU-Verband SVC verlieh seiner Firmengruppe (Jahresumsatz über 100 Mio. Franken) ein Diplom für «überzeugende Firmenkultur». Und 2019 unterzeichnete er mit der Gewerkschaft Syndicom einen GAV, den beide Parteien als «Meilenstein» lobten. In Wirklichkeit geht der GAV kaum über das gesetzliche Minimum hinaus, betont aber den miserablen Mindestlohn. Dieser ist seit 2020 um nur 40 Rappen gestiegen, auf aktuell knapp 18 Franken brutto.

MANAGER-STUSS. Chef Stössel spielt derweil Golf. Oder finanziert als Hauptsponsor den Reitsport-Grossanlass CSIO. Oder verbreitet in Managermagazinen seine Überzeugungen: «Wenn es unseren Kunden gutgeht, sind auch (...) unsere Mitarbeitenden glücklich.»

* Name geändert

Fenaco: Keine Einigung

BERN. Die Gewerkschaften Unia und Syna haben das Angebot von 1 Prozent individuelle Lohnerhöhung der Fenaco abgelehnt. Die beiden Gewerkschaften und die Personalkommissionen betrachten eine ausschliesslich individuelle Erhöhung anstelle des dringend benötigten generellen Teuerungsausgleichs und Reallohnanstiegs als enttäuschend und ungenügend. Im nächsten Jahr werden die Sozialpartner den Gesamtarbeitsvertrag mit Fenaco neu verhandeln. Über 5000 der insgesamt etwa 11.000 Angestellten von Fenaco unterstehen dem GAV.

Mehr Lohn für Lehrerinnen

WIEN. Bei den Beamten-Gehaltsverhandlungen in Österreich zeigte sich die Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) kampfbereit. Mitte November organisierte sie an den Schulen Versammlungen im Hinblick auf die Lohnverhandlungen und eine geplante Grossdemo in Wien.



KAMPFERPROBT: Wiens Lehrer gingen letztes Jahr auf die Strasse. FOTO: ZVG

Kurz vor der Kundgebung mit 30.000 erwarteten Teilnehmenden sagte die Gewerkschaft die Demo ab: Sie konnte mit der Regierung eine Lohnerhöhung von 3,5 Prozent aushandeln.

Finanzplatz-Initiative lanciert

BERN. Am Dienstag ist die Volksinitiative mit dem Titel «Für einen nachhaltigen und zukunftsgerichteten Finanzplatz Schweiz (Finanzplatz-Initiative)» lanciert worden. Das überparteiliche Bündnis fordert, dass Schweizer Grossbanken und Versicherungen nicht weiter in neue Ölbohrplattformen, die Abholzung des Regenwalds oder den Abbau von Kohle investieren dürfen. Das Komitee fordert eine Aufsichtsbehörde, welche Verfügungen und Sanktionen aussprechen kann. Der Schweizer Finanzplatz verursacht weltweit ein Vielfaches der Treibhausgasemissionen, welche in der Schweiz ausgestossen werden.

Höhere Mindestlöhne bei Ikea

SPREITENBACH. Ikea Schweiz erhöht den Mindestlohn um 7,5 Prozent von 4000 auf 4300 Franken für die 40-Stunden-Woche. Besonders Mitarbeitende in Verkauf, Gastro und Logistik profitieren. Der Schweizer Ableger des Möbelkonzerns beschäftigt insgesamt etwa 3500 Mitarbeitende. Der weltweite Nettogewinn des Unternehmens stieg im letzten Jahr auf über 2 Milliarden Euro.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Erleichterte Einbürgerung: Initiative eingereicht!



SUPPORT VON DER GEWERKSCHAFT: Unia-Präsidentin Vania Alleva (l.) war bei der Einreichung der Demokratie-Initiative mit dabei. FOTO: UNIA

Letzte Woche reichten die Initiantinnen die 104.603 beglaubigten Unterschriften für die Demokratie-Initiative bei der Bundeskanzlei ein. Die Forderung der Initiative: Wer fünf Jahre rechtmässig in der Schweiz lebt und Grundkenntnisse in einer Landessprache hat, soll einen Anspruch auf Einbürgerung haben. Heute darf ein Viertel der Schweizer Bevölkerung politisch nicht mitbestimmen, weil ihnen der Schweizer Pass fehlt. In den letzten drei Monaten hat der Verein Aktion Viertiertel, der die Initiative lancierte, die fehlenden 50.000 Unterschriften gesammelt. Unterstützt wird die Initiative von der Unia, der SP,

den Grünen und weiteren politischen Organisationen.

Arbër Bullakaj, Co-Präsident der Aktion Viertiertel, sagte bei der Unterschriftenübergabe: «Wir haben an die Vision geglaubt, dass sich genug Menschen unserer Sache anschliessen würden. Und wir haben an unsere Verpflichtung geglaubt, für über zwei Millionen Menschen in diesem Land einzustehen, die längst mehr Fairness und Gerechtigkeit verdienen.» Der Schweizer Pass bringt Migrantinnen und Migranten nicht nur politische Rechte, sondern auch Aufenthaltssicherheit, Reisefreiheit und das Recht, jederzeit in die Schweiz zurückzukehren.

LINKS ZUM THEMA

Die Geschichte der Initiative
rebrand.ly/demokratie-iv

Interview mit Tarek Naguib
rebrand.ly/naguib

Über die Schwyzer Willkür
rebrand.ly/willkür

Einbürgerung als Klassenfrage
rebrand.ly/illa-scheine

Theater übers Bünzlitum
rebrand.ly/bünzlis

Der lange Weg zum Pass
rebrand.ly/hürdenlauf

Erste kantonale Lohn-Demo im Wallis

Obwohl die Walliser Wirtschaft brummt, insbesondere im Bauhauptgewerbe und in allen Berufen des Ausbaugewerbes, erleiden die Búezerinnen und Búezer weiterhin Reallohnverluste. «Während die mittleren und unteren



LAUTSTARK: Búezende ziehen gemeinsam durch Sion. FOTO: OLIVIER VOGELSANG

Löhne real sinken, steigen die Gehälter der Unternehmensleitung und der Topmanager sowie der Aktionäre weiterhin in unverschämter Weise an!» analysiert die Walliser Unia die Lage im Kanton. Sie sieht deshalb Handlungsbedarf und rief Mitte November zur ersten kantonalen Lohn-Demo auf. Dieser Ruf wurde erhört: Über 1000 Arbeitnehmerende aus dem ganzen Kanton sind nach Sion gereist, um sich gegen die ungerechte Verteilung der Unternehmensgewinne zu wehren.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/lohndemo-wallis)
rebrand.ly/lohndemo-wallis

Tödliche Asbestfaser: Schmidheiny erneut vor Gericht

Wieder steht der frühere Eternit-Chef Stephan Schmidheiny (77) vor Gericht.

Es ist der Berufungsprozess um die Asbest-Todesfälle in Casale Monferato (IT) und ein weiteres Kapitel im fast 20 Jahre dauernden Kampf um Gerechtigkeit für die Opfer der tödlichen Asbestfaser. Ein Gericht von Novara hatte den Schweizer Unternehmer Schmidheiny im Juni 2023 zu 12 Jahren Haft wegen schweren mehrfachen Totschlags verurteilt. Ein Urteil, das sowohl von der Staatsanwaltschaft als auch von der Verteidigung angefochten wird. Eternit Italia wird von der italienischen Justiz vorgeworfen, zwischen 1966 und 1986 für den Tod oder die Erkrankung von mehr als 3000 Arbeitern und Anwohnerinnen verantwortlich zu sein.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/schmidheiny)
rebrand.ly/schmidheiny

Diese Firmen sind Gift für die Demokratie

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat eine Liste von Konzernen veröffentlicht, welche aktiv an der



GEFÄHRLICH: Globale Konzerne manipulieren die Politik. MONTAGE: WORK

Demontage der Demokratie arbeiten. Die Liste umfasst sieben Unternehmen, unter anderem Elon Musks



HATTEN SPASS: AfD-Führerin Alice Weidel und Moderator Reto Brennwald waren gerngesehene Gäste beim noblen Zürcher Efficiency Club. FOTO: EFFICIENCY.CH

Alice im Schweizerland Der Goldküsten-Flirt mit dem Faschismus

1000 Mitglieder des noblen Zürcher Efficiency Club applaudieren der AfD-Chefin Alice Weidel. Auch viele Schweizer Medien sind begeistert von ihrem Auftritt. Die Einladung Weidels macht rechtsextreme Positionen weiter salonfähig, und unkritische Medienberichte tragen zur Normalisierung des Rechtsextremismus bei. Aber spiegelt der Efficiency Club wirk-

lich die aktuelle Gemütslage der hiesigen Bourgeoisie? Immerhin sind unter den Club-Sponsoren renommierte Unternehmen wie Raiffeisen, Zürich-Versicherung, Victorinox, BMW oder die Swiss vertreten.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/afd-club)
rebrand.ly/afd-club

Tesla oder auch den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore und den Onlineriesen Amazon. Diese Firmen, so der IGB, «gehören zu den schlimmsten Unterwanderern der Demokratie». Doch sie seien nicht die einzigen. Das Projekt soll fortgesetzt werden

und weitere Firmen aufdecken, die Verbindungen zur extremen Rechten pflegen.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/igb-konzerne)
rebrand.ly/igb-konzerne

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Massenentlassung bei Stahl Gerlafingen verhindert

«Jetzt unbeschwert Weihnachten feiern!»



GEMEINSAMER ERFOLG: Die Gerlafinger Stahlbüzzer haben die Massenentlassung abgewehrt. FOTO: MANU FRIEDERICH

Der Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen von Stahl Gerlafingen hat gewirkt: die angekündigte Entlassung von 120 Beschäftigten ist vorerst vom Tisch. Doch die Rettung der Stahlindustrie wird nicht ohne staatliche Unterstützung gelingen. Jetzt liegt der Ball beim Parlament.

IWAN SCHAUWECKER

Der Gerlafinger Stahlarbeiter und Richtmeister Heinz Grolimund (54) sagt: «Das hat mich 100 Prozent gefreut!» Grund für seine Freude ist die Ankündigung der Geschäftsleitung von Stahl Gerlafingen. Sie will vorerst auf die angebotenen 120 Kündigungen verzichten. Als Mitglied der Betriebskommission hat Grolimund in den letzten Wochen alles zur Rettung der Arbeitsplätze bei Stahl Gerlafingen in Bewegung gesetzt (work berichtete: rebrand.ly/demogerlafingen). Grolimund sagt: «Das ist eine sehr grosse Erleichterung, vor allem auch für die Familien der Stahlarbeiter, die jetzt unbeschwert Weihnachten feiern können.» Auch Markus Baumann, Gewerkschaftssekretär der Unia in Solothurn, ist glücklich: «Wenn sich die Belegschaft wehrt und zusammenhält, kann man gemeinsame Erfolge feiern.»

130 ENTLASSUNGEN BEI SWISS STEEL
Weniger erfreulich war dagegen die Nachricht aus Emmenbrücke LU. Dort kündigte der kriselnde Stahlkonzern Swiss Steel an, 130 Stellen zu streichen. Ein gemeinsamer Appell der Personalkommission, der Gewerkschaften, des Klimastreiks und der SP fordert jetzt auch von Swiss Steel die Sicherung der Arbeitsplätze

(rebrand.ly/appell-steeltec). Um die Massenentlassungen definitiv zu verhindern, müssten die Netzgebühren für die Schweizer Stahlwerke reduziert werden. Denn die Stromkosten sind neben der weltweiten Überproduktion und dem Import von Billigstahl die derzeit grösste Sorge der Betreiber der Schweizer Stahlwerke.

TEURER STROM

Das Werk von Swiss Steel in Emmenbrücke braucht ungefähr so viel Strom wie die ganze Stadt Luzern. Auch bei Stahl Gerlafingen sind es pro Jahr 360 Gigawattstunden Strom, was dem Verbrauch von 70 000 Haushalten entspricht. Damit gehören die beiden Stahlwerke zu den industriellen Grossverbrauchern, die ihren Strom in der Schweiz auf dem liberalisierten Strommarkt einkaufen müssen. Entsprechend hoch ist die finanzielle Belastung durch die im europäischen Vergleich hohen Strompreise in der Schweiz.

TIEFERE GEBÜHREN

Eine überparteiliche Allianz will die Stromkosten für die Stahlwerke während vier Jahren reduzieren. Die Nationalräte Roger Nordmann (SP) und Christian Imark (SVP) fordern mit ihren Vorstössen tiefere Gebühren für die Netznutzung. Die Kommission für Umwelt und Energie (Urek) hat dem Rettungsplan letzte Woche zugestimmt. Matteo Pronzini, Branchenleiter MEM-Industrie bei der Unia, sagt: «Wichtig ist jetzt, dass die finanzielle Unterstützung an Bedingungen wie Standortgarantien und den Verzicht auf die Ausschüttung von Dividenden gekoppelt ist.» Falls das Parlament in der Wintersession dem Antrag zustimmt, wird auch das Walliser Aluminiumwerk Novelis, das diesen Sommer nach Starkniederschlägen überschwemmt wurde, von diesen reduzierten Netztarifen profitieren.

MEHR SCHWEIZER RECYCLINGSTAHL

SP-Nationalrat Roger Nordmann sagt zu work: «Diese Massnahme gibt den Stahlwerken eine Verschnaufpause und wird das Stahlwerk in Gerlafingen in den nächsten Jahren um etwa 20 Millionen Franken entlasten.» Mit der Einführung einer vorgezogenen Entsorgunggebühr für Stahl könnte das Stahlrecycling in der Schweiz zudem profitabler gemacht werden.

Nordmann sagt: «Wir müssen jetzt unbedingt den Absatzmarkt für den Schweizer Recyclingstahl pushen.» Bei der Beschaffung müssten Bund und Kantone konsequent ökologische Kriterien berücksichtigen und bei öffentlichen Bauvorhaben vorzugsweise Recyclingstahl aus Gerlafingen verwenden. Die Unia fordert: «Der Bundesrat muss jetzt rasch griffige Verordnungen dazu erlassen.»

STAHLKREISLAUF STEHT AUF DEM SPIEL

Denn nicht nur der Stromverbrauch, auch die Schrottverarbeitung der beiden Schweizer Stahlwerke ist gigantisch. Zusammen rezyklieren sie rund 1,5 Millionen Tonnen Stahlschrott



ERLEICHTERT: Richtmeister Heinz Grolimund. FOTO: ISC

pro Jahr. Andreas Steffes, Geschäftsführer von Metal Suisse, dem Dachverband der Metallverarbeiter, sagt: «Im Falle einer Schliessung der Stahlwerke wäre der ganze Metallkreislauf gestört, also sowohl das Recycling wie auch der sichere Bezug von Qualitätsstahl in der Schweiz.» Er sieht auch viele Arbeitsplätze in der gesamten Wertschöpfungskette in Gefahr, insbesondere in den direkt folgenden Produktionsschritten, wie der Oberflächenbehandlung oder den Biegereien, welche für die Bauwirtschaft Armierungseisen nach Schweizer Normen produzieren. In der Schweiz arbeiten aktuell etwa 12 000 Personen in der Metallerzeugung und -verarbeitung.

KLIMASTREIK WILL VERGESELLSCHAFTUNG

Doch welche Mitsprache hat der Staat, falls die Stahlwerke tatsächlich finanziell entlastet werden? Für den Klimastreik Schweiz braucht es für einen effektiven Klimaschutz eine staatliche Beteiligung an den Stahlwerken. «Mit einer Vergesellschaftung können wir sowohl sicherstellen, dass die Zukunft des Werks gewährleistet ist, als auch gegen die Überproduktion kämpfen», sagt Anna Lindermeier vom Klimastreik Zürich. «Es könnte so gemeinsam über die Anwendungsbereiche von Stahl und die Produktionsmenge und -weise entschieden werden.»



work
kommentar
Iwan Schauwecker

STAATSDIENER IM DIENSTE DES MARKTES

Die leitenden Beamten des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) in Bern denken noch ganz im Geist der 1990er

Die Seco-Beamten hängen vergangenem Idealen nach.

Jahre. Zum Leidwesen der Schweizer Industrie und der ökologischen Kreislaufwirtschaft. Für die Rettung der Schweizer Stahlwerke gibt es sehr gute Gründe: Klimaschutz, Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit. Doch Guy Parmelin (65) sagt, der Bundesrat müsse hart bleiben: «Die Stahlwerke hier in der Schweiz sind leider nicht unersetzlich.» Auf einen «Subventionswettbewerb» wolle man sich keinesfalls einlassen. Parmelin lässt sich in dieser Krisensituation vor allem von den Chefbeamten des Seco beraten. Ihre marktwirtschaftlichen Dogmen prägen die Wirtschaftspolitik der Schweiz seit vielen Jahrzehnten.

ZUSAMMENBRUCH. Zum Beispiel Eric Scheidegger (63). Er ist voraussichtlich noch zwei Jahre Chefökonom des Bundes. Seit zwanzig Jahren arbeitet er für das Seco und leitet dort die Direktion für Wirtschaftspolitik. In dieser Funktion ist er in Sachen Industriepolitik der wichtigste Berater von Guy Parmelin. Bevor Scheidegger in die Dienste des Seco trat, war er persönlicher Wirtschaftsberater von Bundesrat Pascal Couchepin (FDP) und in den 1990er Jahren Wirtschaftsjournalist bei der NZZ. Aus dieser Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stammt auch die Idee vom Ende der Geschichte, von der Ordnung durch die Effizienz der Märkte und Fortschritt durch weltumspannenden Freihandel.

EINSTURZ. Doch 35 Jahre nach dem vermeintlichen Ende der Geschichte ist durch den Staub der einstürzenden liberalen Wirtschafts Ideale eine neue Realität erkennbar: eine Welt, bedroht durch Klimakatastrophen, Kriege und autoritäre Herrschaft. Und Staaten, die sich aufgrund veränderter Umstände an dieser neuen Realität orientieren. So subventionieren die USA und China Industrien, die einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, mit Hunderten von Milliarden Dollar. In den europäischen Nachbarstaaten Deutschland und Frankreich werden Stahlwerke mit Entlastungen auf Strompreisen gestützt. Und die traditionell wirtschaftsliberale EU-Kommission hat im Oktober eine Subvention von 128 Millionen Euro zum klimafreundlichen Umbau des schwedischen Stahlunternehmens SSAB bewilligt.

AMTSSCHIMMEL. Und was passiert in den Berner Amtsstuben? Statt der dringend notwendigen Debatte über die Kriterien der Staatshilfe für industrielle Stromgrossverbraucher hängen die Seco-Beamten weiterhin vergangenem Idealen nach. Wer hilft, den Amtsschimmel aus dem letzten Jahrhundert wegzuwischen und die Fenster für neue Ideen zu öffnen?

Basel-Stadt Demokratie- Defizit in Basel bleibt

So wie die ganze Schweiz und die meisten Kantone und Gemeinden hat auch der Kanton Basel-Stadt ein Demokratie-Defizit. Daran hat sich am 24. November nichts geändert: 55,6 Prozent der Stimmentenden lehnten ein Einwohnerinnen- und Einwohnerstimmrecht ab. Angestossen hatte die Abstimmung SP-Grossrätin Edibe Gölgeli. Am Wahlsonntag



GIBT NICHT AUF: Die Basler Grossrätin Edibe Gölgeli. FOTO: ZVG

sprach sie trotz dem mehrheitlichen Nein von einem «stolzen Resultat». Denn: «Als wir vor 14 Jahren darüber abstimmten, wurde es noch mit 80 Prozent abgelehnt, dieses Mal nur mit 56 Prozent.» Für Gölgeli ist klar: «Es braucht einen weiteren Anlauf.» Denn das Demokratiedefizit wird immer grösser: In Basel-Stadt wird bis in einigen Jahren nur noch eine Minderheit stimmberechtigt sein, bald also eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmen. (cs)

Schaffhausen Transparenz bei Partei- spenden

Mit Händen und Füssen und arrogantem Machtgehabe wehrten sich die Bürgerlichen in Schaffhausen gegen Transparenz bei der Politfinanzierung – fast fünf Jahre lang. Jetzt sagten die Stimmentenden deutlich Ja zur Umsetzungsinitiative von Juso, SP und Grünen. Diese war nötig, weil die rechte Parlamentsmehrheit sich bis heute weigerte, einen Volksentscheid vom Februar 2020 umzusetzen. Damals hatte das Stimmvolk eine Juso-Initiative angenommen, die verlangt, dass alle Parteien alle Spenden offenlegen müssen. Das passte den rechten Parteien nicht, und flugs überwies sie einen FDP-Vorstoss, der den Artikel gleich wieder aus der Verfassung streichen wollte.

Die rechten Parteien trötzelten trotz Niederlage weiter.

Juso, SP und Grüne reichten eine Umsetzungsinitiative ein. Uns doch egal, sagten die Rechten und erklärten die Initiative für ungültig. Geht nicht, sagte das Bundesgericht – und so konnte das Volk am Sonntag zum zweiten Mal für mehr Transparenz stimmen. Die von 59 Prozent angenommene Initiative bringt strengere Transparenzregeln in Gemeinden mit über 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Bei Kampagnen über 3000 Franken müssen Parteien und Kandidierende ihre Spenden offenlegen. Die rechten Parteien trötzelten am Abstimmungssonntag weiter. SVP-Kantonsrat Mariano Fioretti etwa jammerte im SRF-«Regionaljournal»: «Die Leute sind nur neugierig, wer Geld spendet. Das ist aus meiner Sicht falsch. Wen man unterstützt, geht niemanden etwas an.» (cs)



Abstimmungsergebnisse zeigen: Das Volk schützt seine Kaufkraft Ohrfeigen-Jahr für die Sozialabbau-Koalition

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit holte 2024 Ohrfeige um Ohrfeige. Sie nimmt die Sorgen und Nöte der Mehrheit nicht ernst. Die grosse Frage: Wann begreifen die Rechten endlich (wieder), dass Sozialpolitik gegen die Gewerkschaften nicht funktioniert?

CLEMENS STUDER

Es begann mit dem historischen Ja zur 13. AHV-Rente im März. Dieser Ausbau des wichtigsten Schweizer Sozialwerkes traf die bürgerlichen Parteien ins Mark. Dass am gleichen Tag auch der ewige Traum der Rechten vom höheren AHV-Alter für alle sang- und klanglos unterging, hob die Stimmung der rechten Politikerinnen und Politiker auch nicht. Zum Teil haben sie sich bis heute nicht davon erholt. Sie tröteln oder drohen gar offen mit «Rache». Besonders bitter: Mit dem Nein zur BVG-Reform im September zeigte das Volk SVP, FDP, GLP und Mitte gleich noch einmal die rote Karte. Und im November holten sich die Immobilienlobby und die Strassenfettschisten eine Volksohrfeige ab. Einzige die Krankenkassenlobby konnte feiern. Doch dafür, dass sich eigentlich ausschliesslich die Gewerkschaften und eine Mehrheit der SP für ein Nein eingesetzt haben, sind 46,7 Prozent Nein-Stimmen kein schlechtes Resultat.

KAUFKRAFT, KAUFKRAFT, KAUFKRAFT

Was alle Vorlagen verbindet, ist die zentrale Frage: Was heisst das für mein Haushaltsbudget? Dabei ist es nicht etwa so, dass eine Mehrheit plötzlich zu rappenspaltenden Geizhalsen geworden wäre, wie das viele Rechte in Politik und Medien behaupten. Es ist viel eher so, dass nach zwei Jahrzehnten Steuerpolitik für Reiche und Superreiche immer mehr Menschen begreifen, dass bürgerliche Sozial-, Gesundheits- und Finanzpolitik ihnen nichts bringt, im Gegenteil. Schlimmer noch: sie haben real immer weniger im Portemonnaie. Darum haben sie für mehr AHV gestimmt und gegen höhere BVG-Abzüge für weniger Rente. Darum haben sie gegen die Rauswurf-Vorlage der Immobilienhaie gestimmt, weil die Mieten heute schon unanständig und teilweise ungesetzlich hoch sind.

UNGLAUBWÜRDIGE RECHTE

Die SVP gewinnt Wahlen, weil sie ebenso schlau wie dumpfbackig auf alle Fragen nur eine Antwort gibt: «Die Ausländer sind schuld.» Nun gibt es Menschen, die das tatsächlich glauben. Doch immer mehr merken, dass sie SVP gewählt haben, weil sie «weniger Ausländer»

wollten. Bekommen haben sie allerdings eine Politik im Interesse der Reichen und Superreichen. Darum stimmen sie im konkreten Fall mit den Gewerkschaften. Die haben schlicht die grössere Glaubwürdigkeit als die Milliardärspartei SVP, wenn es um die Lage der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen geht. Die FDP wanzelt sich in Sachen Fremdenfeindlichkeit in den letzten Monaten unverfroren an die SVP ran, was vor allem dem Original nützt. Ansonsten betreibt sie eine marktradikale Politik der sozialen Kälte, deren Folgen unterdessen der angeblich von der FDP vertretene Mittelstand im eigenen Portemonnaie spürt. Die Mitte schwankt zwischen sozialem Ausgleich im Nationalrat und reaktionärem Marktradikalismus im Ständerat. Und die zu Recht bei den letzten Wahlen dezimierte GLP blinkt in der Öffentlichkeit ökologisch und gesellschaftsliberal, ihre Fraktion stimmt dagegen marktradikal.

Auf den Punkt: Im nationalen Parlament gibt es eine harte Sozialabbauer-Mehrheit aus SVP, FDP, GLP und Mitte. Im Bundesrat gibt eine marktradikale SVP-FDP-Mehrheit den Ton an. Doch die Mehrheit der Stimmentenden glaubt Bundesrat und Parlament in konkreten Fällen immer weniger, dass diese ihr reales Leben verbessern. Ziehen die rechten Parteien Lehren daraus?

FAHRLÄSSIGE BOSSE

Das wird sich in den kommenden Tagen, Wochen und Monaten auch bei den Auseinandersetzungen um die 10-Millionen-Initiative der SVP und das «Rahmenabkommen 2.0» mit der EU zeigen. Bisher lassen Bundesrat, FDP, GLP, Mitte und die Arbeitgeberverbände wenig Bereitschaft erkennen, die Sorgen und Nöte der Lohnabhängigen ernst zu nehmen. Sie träumen immer noch vom Rahmenabkommen I, bei dem sie Hand in Hand mit den Marktradikalen in der EU versuchten, den Schweizer Lohnschutz zu schleifen und Sozial- und Lohndumpfern freie Bahn zu gewähren. Damit arbeiten sie der SVP in die Hände: die will nämlich auch keinen Lohnschutz, aber vor allem eine isolationistische Schweiz. Sie will Arbeitsmigrantinnen und -migranten diskriminieren und damit noch stärker ausbeuten, wohlwissend, dass damit auch die Löhne aller anderen unter Druck kommen.



LANGE GESICHTER BEI DEN AHV-13-GEGERN: (v.l.) Monika Rühl (Economie-suisse), Roland A. Müller und Vincent Simon (beide Arbeitgeberverband) und Bettina Balmer (FDP ZH). FOTO: KEYSTONE

Die Gewerkschaften dagegen haben immer klargemacht, dass sie für eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU stehen. Die Schweiz muss ein stabiles Verhältnis zur EU aufbauen, von dem die breite Bevölkerung profitiert: mit mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, Arbeitnehmendenschutz und Personenfreizügigkeit.

KLARE GEWERKSCHAFTEN

Ein allfälliges neues Abkommen muss dazu beitragen, die Rechte der Arbeitnehmenden und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Hier gibt es viele Ansätze, die im Inland gelöst werden können, ohne mit der EU Probleme zu bekommen. Dies einfach darum, weil sie sich an den vor sieben Jahren von der EU beschlossenen Grundsätzen für eine «europäische Säule sozialer Rechte» orientieren. Dazu gehören: Verbesserte Mindeststandards bei Arbeitsverträgen; die Durchsetzung von Lohngleichheit; eine Elternzeit, die Mutter- und Vaterschaftsurlaub ergänzt; Mitbestimmungsrechte in Unternehmen; die Gleichbehandlung von sogenannt atypischen Arbeitsverhältnissen wie Temporärarbeit usw.; Mindestlöhne und die Förderung der GAV-Abdeckung und die Stärkung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht. Von all dem wollen die Arbeitgeberverbände und die bürgerliche Parlamentsmehrheit bisher nichts wissen.

Die SVP will keinen Lohnschutz, aber eine isolationistische Schweiz.

Bereits in der jetzt kommenden Wintersession wird sich in Ansätzen zeigen, ob FDP, GLP und Mitte aus dem für sie ohrfeigenreichen Jahr 2024 etwas gelernt haben. Oder in den nächsten Volkshammer laufen wollen. Denn ein Abkommen mit der EU, von dem die Lohnabhängigen nichts haben, hat keine Chance vor dem Volk.



EIN VERIRRTER TOURIST? Kurz vor Ladenschluss trudeln am Samstag sonst kaum noch Kunden in die Läden. FOTO: GETTY IMAGES

Längere Ladenöffnungszeiten in Berner Innenstadt Fettes Minusgeschäft für die Verkäuferinnen

Genau seit einem Jahr sind in der Berner Innenstadt die Läden jeweils am Samstag länger geöffnet. work hat mit einer Berner Verkäuferin über die negativen Auswirkungen der Extrastunde gesprochen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Seit dem 1. Dezember 2023 müssen Shopperinnen und Shopper in Bern im neuen Takt ihre Einkäufe erledigen. Der Regierungsrat genehmigte dafür eine Änderung der Ladenöffnungszeiten. Der Abendverkauf wird donnerstags um eine Stunde gekürzt, dafür bleiben die Läden samstags eine Stunde länger offen, also bis 18 Uhr. Das Pilotprojekt läuft nun genau ein Jahr. Geplant ist es bis Ende 2025. Höchste

Der längere Samstag frisst nur noch mehr Privatleben weg.

Claudia Berger* (22) arbeitet in einem Bekleidungsunternehmen in der Berner Innenstadt. Sie sagt: «Umsatztechnisch rentiert der längere Samstag bei uns überhaupt nicht. In dieser Stunde verkaufen wir nicht mehr. Was aber klar ist: Für uns als Personal ist das ein fettes Minusgeschäft.»

Berger und ihr gesamtes Team sind sich einig: Der längere Samstag frisst nur noch mehr vom Privatleben weg. «Für die Kundenschaft klingt das nach nicht viel: eine Stunde länger arbeiten am Samstag. Doch für uns im Verkauf macht eine Stunde mehr oder weniger Wochenende natürlich etwas aus», so Berger. Gerade jetzt im Winter, wo es früh dunkel wird, sei das sehr frustrierend. Will man am Samstagabend noch mit Freunden ins Restaurant oder in eine Bar, wird das mit dieser Extrastunde noch komplizierter.

«IRGENDWANN IST MAN EINFACH K.O.»

Verkäuferin Berger sagt, dass der längere Samstag körperlich anstrengend ist: «Wenn man schon die ganze Woche auf den Beinen war und dann am Samstag noch eine Stunde länger muss, ist man irgendwann einfach k.o. Zudem haben wir trotz längerem Arbeitstag nur eine halbe Stunde Pause. Sich da zu erholen, ist schwierig.» Arbeitsrechtlich befindet sich das Geschäft von Berger mit der Pausenregelung (leider) im grünen Bereich: Wer zwischen sieben und neun Stunden arbeitet, hat gemäss Arbeitsgesetz eine Pause von 30 Minuten zuzute (mehr dazu: rebrand.ly/Pausenregelung).

Besonders für ihre Kolleginnen mit Kindern sei die längere Samstagsarbeit nicht optimal, sagt Berger. «Die Mütter bei uns im Team haben dadurch eine Stunde weniger mit ihren Kindern und müssen sich für den länge-

ren Samstagnachmittag eine Betreuungslösung suchen. Gerade für Alleinerziehende kann das sehr kompliziert werden», so die Verkäuferin.

NICHT ERHOLT UND UNZUFRIEDEN

Und wen lockt nun der längere Samstag tatsächlich in die Läden? «Ehrlich gesagt trudeln kurz vor Ladenschluss nur noch vereinzelt Touristinnen und Touristen in unseren Läden», so Berger.

Anna Meier, Teamleiterin Tertiär bei der Unia Bern/Oberaargau-Emmental, kennt die Unzufriedenheit des Verkaufspersonals aus erster Hand. Sie sagt: «Der längere Samstag ist für das Personal eine Zumutung. Sie zahlen mit ihrer fehlenden Erholung, einem noch schwieriger zu organisierenden Privatleben, als sie es oder so schon haben, und mit der allgemeinen Unzufriedenheit einen hohen Preis.» Gerade im Hinblick auf das anstehende Weihnachtsgeschäft sei es wichtig, die Verkäuferinnen vor weiteren Verlängerungen der Ladenöffnungszeiten und noch mehr Verkaufssonntagen zu schützen.

Dem Weihnachtsgeschäft blickt Verkäuferin Berger hingegen gelassen entgegen. «Die Weihnachtszeit ist immer hektischer und stressiger. Das gehört zum Beruf und ist wahrscheinlich gar nicht zu umgehen. Aber natürlich wünschen wir uns, dass man auf das Personal auch in dieser Zeit mehr Rücksicht nimmt.»



ILLUSTRATION: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und der leere Laden

Da gehe ich eines Morgens ahnungslos und happy arbeiten, weil ich gleich mit zweien meiner Lieblingspönl Schicht habe, als einer davon mir eröffnet, dass er kündigt. Mein Tag ist im Eimer. Er ist der Dritte innerhalb kurzer Zeit, und weitere Mitarbeiterinnen scheinen folgen zu wollen. Ich stehe da und schaue



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

zu, wie mein Superteam auseinanderfällt. Und ich werde zunehmend trauriger und auch wütender. Traurig, weil wir ein gut eingespieltes Team sind. Wütend, weil sie gute Gründe haben zu gehen.

ABSOLUT LÄCHERLICH. Die Anforderungen werden jedes Jahr strenger, wir müssen immer mehr leisten und den Umsatz vom Vorjahr toppen. Wir müssen zu jeder Zeit flexibel, belastbar und freundlich bleiben, am liebsten auch an den Sonntagen. Unsere Lohnerhöhung für das nächste Jahr

ist absolut lächerlich, das Unternehmen aber macht gute Gewinne. Unsere Kosten für das nächste Jahr werden nicht sinken, da die Krankenkassenprämien noch weiter steigen. In meinem Umfeld wiederum höre ich beruhigende Worte: Die Mieten werden nicht mehr steigen, und die Lebensmittel werden jetzt etwas günstiger. Ich habe keine Ahnung, ob das stimmt. Ich bin gespannt, ob sich das bewahrheitet und das nächste Jahr mal zur Abwechslung positive Veränderungen bringt.

NICHT ATTRAKTIV. Ich sehe eine Veränderung, die mir gar nicht gefällt: Das Personal verlässt den Verkauf und wählt besser bezahlte Branchen. Logisch! Deutliche Worte hatte ich letzens für meine Chefin, als sie klagte, dass sich niemand bei uns bewirbt. Ja klar, kein Wunder, sagte ich ihr. Der Verkauf ist superschlecht bezahlt, und die Arbeitszeiten sind schwierig. Dieser Beruf ist nicht attraktiv! Der Medianlohn in der Schweiz liegt bei 6788 Franken. Aber: Bei uns im Verkauf liegen wir deutlich darunter, noch schlimmer ist es im Coiffeur- und im Gastgewerbe. Meine Chefin scheint das nicht ganz zu verstehen. Verständlich, denn bei uns kriegen die Geschäftsleiterinnen gute Boni und erreichen eher den Medianlohn, wenn sie die Umsatzzahlen dank uns erreichen. Und sie können sich selbst die Schichten einteilen. Aber hey, wie sagt man so schön: Veränderungen sind Chancen. Wäre toll, wenn der Arbeitgeber auch bereit für Veränderungen ist, damit das Personal bleibt und ich nicht wie in einem Albtraum allein im Laden stehe.

Shoppingwahn: Nonstop auch am Sonntag

Nicht nur das Berner Verkaufspersonal muss unter dem Deckmantel der «Flexibilität» Angriffe auf die Ladenöffnungszeiten hinnehmen. Schweizweit laufen mehrere Initiativen, welche die Öffnungszeiten ausdehnen möchten.

TURBOLÄDELER. In Zürich sprechen die rechten Parteien von SVP bis GLP mit grossen Schrit-



FOTO: KEYSTONE

ten vor. Das Ziel: Im Kanton Zürich sollen nicht wie bislang zwei Verkaufssonntage erlaubt sein, sondern zwölf. Damit müsste das Zürcher Verkaufspersonal jeden vierten Sonntag für die Arbeit opfern, statt sich zu erholen.

Auch in St. Gallen scheinen die Bürgerlichen bei der Ausdehnung der Arbeitszeiten das Personal dahinter komplett auszublenden. Die Läden sollen

von Montag bis Samstag bis 22 Uhr geöffnet haben. Dagegen liegt nun ein Referendum vor,

In Zürich wollen die rechten Parteien zwölf Verkaufssonntage.

über das im Dezember entschieden wird.

Auch die Idee der Erweiterung der Tourismuszonen boomt. Konkret dürfen in solchen Zonen die Läden jeden Sonntag geöffnet haben. Dafür engagiert sich Bundesrat Guy Parmelin (SVP, Bild). (dak)

Verkäuferinnen und Verkäufer, wehrt euch!

Die Gewerkschaft Unia fordert: Stoppt längere Ladenöffnungszeiten! Denn die direkte Konsequenz kriegt das Personal brutal zu spüren: Die Folgen sind mehr Druck und mehr Stress. Nicht nur das Privatleben leidet darunter, sondern auch das Risiko von Krankheit steigt, wie mehrere Studien belegen. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten haben kein Bedürfnis nach längeren Ladenöffnungszeiten. Die Stimmberechtigten lehnten drei Viertel der Abstimmungsvorlagen für längere Ladenöffnungszeiten ab. (dak)

Die St. Galler Photovoltaik-Bude versucht, sich reinzuwaschen

Von wegen Unschuldslamm: Ukraine-Flüchtling abgezockt, Pole chrampfte ohne Lohn

Nach den work-Enthüllungen über die miesen Maschen der Viva Solar präsentiert sich ihr Chef als Unschuldslamm. Doch jetzt melden sich neue Insider zu Wort.

JONAS KOMPOSCH

Plötzlich klingelt das Telefon nonstop. Es sind Ex-Büezer der Photovoltaik-Bude Viva Solar aus Balgach SG, die bei work Sturm läuten. Viele sind empört, andere finden es einfach nur zum Lachen. Grund für die Aufregung ist ein Artikel, den das Gratismedium «Rheintal 24» gerade veröffentlicht hat. Darin darf sich Viva-Inhaber David Zlatkovic (28) als Unschuldslamm präsentieren – und als Opfer einer Intrige missgünstiger Mitarbeitender. Hintergrund ist ein work-Artikel von Ende September, in dem Mitarbeitende und Ehemalige schwere Vorwürfe gegen ihren (Ex-)Chef erheben (rebrand.ly/notruf).

Darunter Täuschung der Kundschaft mit gefälschtem Betriebsregisterauszug, illegale Grenzgängerbeschäftigung oder Bschiess bei Löhnen und Sozialversicherungsabgaben. work machte zudem publik, dass gegen Zlatkovic Strafverfahren und Betreibungen nahe der Millionengrenze hängig sind. Und dass der Fachverband Swissolar ihn rausgeworfen hat – wegen «aggressiven Verkaufsverhaltens», «technischer Mängel» und fehlender Sicherheitsgerüste.

Bei «Rheintal 24» vermochte der Viva-Chef aber offenbar voll zu überzeugen. Er habe «viele Vorwürfe aufklären» und die «Vorgeschichte relativieren» können, heisst es. Kritische Fragen? Fehlanzeige. Das Fazit des Mediums: «Es sind



RECHTFERTIGUNG: In einem Artikel auf dem Gratismedium «Rheintal 24» zieht Viva-Solar-Inhaber David Zlatkovic alle Register, um sich vom Täter zum Opfer zu wandeln. MONTAGE: WORK

eben nicht nur die «bösen Unternehmer» schuld, wenn sich «verzweifelte» Arbeitnehmer an die Öffentlichkeit wenden. In einigen Fällen sind die Beweggründe dieser Menschen (...) in gekränkter Eitelkeit oder schlichter Geldgier zu suchen.»

DIE GEPRELLTEN BÜEZER

Die Eitelkeit und Geldgier der Mitarbeitenden also. Ob damit auch David Abgaryan* gemeint ist? Der Büezer aus Armenien hat sich kürzlich bei der Unia in St. Gallen gemeldet. Die Kommu-

nikation war schwierig, da Abgaryan weder eine Landessprache noch Englisch beherrscht. Doch die Unia-Leute fanden heraus: Die Viva hatte ihn rausgeschmissen und um einen vollen Monatslohn geprellt!

Oder Juri Ponomarenko* (24), Kriegsflüchtling aus der Ostukraine mit Schutzstatus S, über ein Jahr lang hielt er es aus bei der Viva Solar, war für sie in der ganzen Schweiz unterwegs. Er sagt: «Weil ich nicht aufs Sozialamt will, habe ich geschuftet wie blöd, oft 12 Stunden am Tag, einmal bis um Mitternacht.» Chef Zlatkovic habe jeweils

gesagt: «Wenn du mit der Baustelle nicht fertig wirst, kannst du gleich ganz gehen!» Ponomarenkos Stundenrapporte zeigen: Mehrmals hat er das gesetzliche Limit von 50 Arbeitsstunden pro Woche überschritten. Doch jetzt hat ihm Zlatkovic innert Monatsfrist gekündigt – ohne Auszahlung des letzten Lohnes! Zudem hat ihm Zlatkovic 3000 Franken vom Lohn abgezogen –

«Ich habe geschuftet wie blöd, oft sogar 12 Stunden am Tag.»

KRIEGSFLÜCHTLING JURI PONOMARENKO

wegen eines kleinen Kratzers am Firmenwagen. Einen Beleg für allfällige Reparaturkosten oder einen Selbstbehalt der Haftpflichtversicherung hat Zlatkovic jedoch nie vorgelegt. Mit Hilfe der Unia fordert Ponomarenko jetzt 8500 Franken zurück.

Noch happiger hat es Paul Wójcik* getroffen. Der 47jährige Pole hat zwar nur einen Monat für Zlatkovic gearbeitet – bisher aber komplett umsonst. Wójcik hat noch keinen Rappen Lohn gesehen. Aber auch er sagt, er habe meistens 10 bis 12 Stunden pro Tag gearbeitet.

CHEF HAUT VOR BÜEZERN AB

Zlatkovic streitet auf Anfrage sämtliche Vorwürfe ab und behauptet, die Löhne seien «korrekt bezahlt» und «frühere Versäumnisse» mit den Behörden «prompt geklärt» worden. Und er sagt: «Wenn einer ein Problem hat, soll er mit mir sprechen. Meine Tür steht allen offen.» Büezer Wójcik hat jedenfalls ganz andere Erfahrungen gemacht: «Zlatkovic ging nie ans Telefon, und als ich ihn in der Firma abgepasst habe, ist er sofort abgehauen!» Wójcik, Ponomarenko und Abgaryan haben jedenfalls genug gesehen. Mit der Unia an der Seite ziehen die drei nun vor die Schlichtungsstelle – und wenn nötig bis vor Gericht.

Die sich ständig verschärfende Personalnot machte das Spital Bülach ZH erfinderisch

Wer einspringt, bekommt mehr Lohn

Fix oder flexibel? Die Pflegenden im Spital Bülach ZH haben die Wahl. Das neue Modell bringt Vorteile für alle – und löst doch das Grundproblem in der Pflege nicht.

CHRISTIAN EGG

«Jemand ist krank, kannst du am Samstag einspringen?» Solche Anfragen gehören für Pflegenden zur Tagesordnung. Und sie stressen: Sage ich den Ausflug mit dem Göttitub ab? Oder gebe ich der Stationsleitung einen Korb – im Wissen, dass je-

Die Ausfälle gingen um 20 Prozent zurück, die Abgänge um 30 Prozent.

mand von meinen Kolleginnen und Kollegen in den sauren Apfel beißen muss?

Im Spital Bülach im Zürcher Unterland bekommt ein Teil der Pflegenden solche Anrufe nicht mehr. Nämlich diejenigen, die im Arbeitszeitmodell die Stufe «fix» gewählt haben. Sie sind an festen Tagen und Zeiten im Einsatz. Auch Nachtdienste müssen sie nicht leisten. Ganz anders die Mitarbeitenden der Stufe «superflex»: Sie haben sich verpflichtet, innert vier Monaten sechsmal einzuspringen und auch Nachtdienste zu leisten. Der Clou: Diese Bereitschaft honoriert das Spital mit 350 Franken mehr Lohn pro Monat.

100 BIS 350 FRANKEN MEHR LOHN

Der sich ständig verschärfende Mangel an Pflegekräften hat das Spital erfinderisch gemacht. Um als Arbeitgeber attraktiv zu sein, lässt es seit anderthalb Jahren den Pflegekräften die Wahl: Zwischen «fix» und «superflex» liegen zwei weitere Stu-

fen mit viermal Einspringen in vier Monaten. Ohne Nachtdienste gibt's dafür 100 Franken Lohn zusätzlich, mit Nachtdiensten 200.

Jetzt präsentiert das Spital eine erste Bilanz und kann mit eindrücklichen Zahlen aufwarten. Demnach gingen die krankheitsbedingten Ausfälle um 20 Prozent zurück, die Zahl der Abgänge sogar um 30 Prozent. Vor allem aber brauche das Spital fast keine Temporärkräfte mehr, um die kurzfristigen Ausfälle zu ersetzen.

BALD ZUSCHLÄGE FÜR ALLE?

Und die Pflegenden? Keine Frage: Das ständige Einspringen ist für alle in der Branche eine starke Belastung. Das Bülacher Modell lässt den Mitarbeitenden nun die Wahl, ob sie diese Belastung auf sich nehmen wollen. Wenn ja, erhalten sie dafür eine zusätzliche Entschädigung. Allerdings könnte eine solche in einigen Jahren ohnehin zur Pflicht werden für alle Spitäler, Heime und Spitexbetriebe: Im vergangenen Frühling hat der Bundesrat den Entwurf zum neuen Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege veröffentlicht. Damit sollen die Forderungen der Pflegeinitiative (61 Prozent Ja-Stimmen) umgesetzt werden. Laut dem Entwurf muss Einspringen an freien Tagen mit einem «zusätzlichen zeitlichen oder finanziellen Ausgleich von 25 bis 50 Prozent des geleisteten Einsatzes» entschädigt werden.

Das wäre ein Fortschritt. Aber: Egal, wie hoch solche Entschädigungen ausfallen, sie sind bestenfalls ein Weg, mit der Belastung durch ständiges Einspringen besser umzugehen. Doch die Belastung bleibt.

Will heissen: Auch das Bülacher Modell packt das Übel nicht an der Wurzel. Um diese freizulegen, muss man tiefer graben. Denn dass Pflegenden in Heimen und Spitälern ständig für kranke Kollegin-



DAS SPITAL BÜLACH GEHT NEUE WEGE: Doch auch dieses Modell packt das Übel nicht an der Wurzel. Um diese freizulegen, muss man tiefer graben. FOTO: WWW.SPITALBUELACH.CH

nen und Kollegen einspringen, müsste nicht sein. Die vielen Ausfälle sind kein Naturgesetz. Sie rühren daher, dass die Pflege in sehr vielen Betrieben am Limit sind.

MEHR ZEIT!

Was sie am meisten brauchen und wollen, ist mehr Zeit. Für die Menschen, die sie pflegen – und um sich zu erholen. Das geht nur mit einer deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit. Auch die soll im neuen Pflegegesetz geregelt werden. Die Höchstarbeitszeit will der Bundesrat von heute 50 Stunden pro Woche auf 45 senken. Wichtiger ist aber die Normalarbeitszeit: Die soll laut Entwurf weiterhin zwischen 38 und 42 Stunden liegen. Der Bundesrat will hier also nur die, wie er selber schreibt, «heutige Praxis» im Gesetz fest-

schreiben. Damit sind die Pflegenden in der Unia nicht einverstanden: Sie fordern die 35-Stunden-Woche.

Dass dies machbar ist, zeigt das Gesundheitspersonal in Belgien. Schritt für

Die vielen Ausfälle kommen daher, dass die Pflegenden am Limit sind.

Schritt erkämpft es sich tiefere Wochenarbeitszeiten. Bereits heute muss ein Teil der älteren Pflegenden, je nach GAV, nur noch 36 oder gar 32 Stunden pro Woche arbeiten – bei vollem Lohn, versteht sich. Und die Gewerkschaften haben bereits das nächste Ziel formuliert: die 32-Stunden-Woche für alle in der Pflege.

Allons-y! Los geht's!

Nach harziger Verhandlung und hitziger Debatte: Baulöhne steigen, Frührente gesichert!



Schlussabstimmung schafft Klarheit: Die Mehrheit der Baubüezer in Bern sagte Ja zu den Verhandlungsergebnissen. FOTO: MANU FRIEDERICH

Kontroverse Diskussionen prägten die Vollversammlung der Unia-Bauarbeiter-Delegierten. Es ging um die Frage, wer wie viel für die Frührente bezahlen soll. Und ob 1,4 Prozent mehr Lohn genug sei.

JONAS KOMPOSCH

Signalrote Fahnen wehten letzten Samstag in den Schneemaden rund um die Berner Expohalle. Dort nämlich versammelten sich rund 450 Bauarbeiter aus der ganzen Schweiz. Sie alle waren Delegierte ihrer Unia-Regionen. Und sie alle waren aufgerufen, demokratisch über das Resultat der Lohnverhandlungen zu befinden. Keine öde Sitzung also, sondern eine lebhaftige Vollversammlung, bei der es ums Wesentliche geht. Erst recht, da die Verhandlungen ein ambivalentes Resultat zeitigten. Denn für einmal ging es nicht nur um die Löhne, sondern auch um den FAR, den flexiblen Altersrücktritt mit 60 Jahren. Die Finanzen der Stiftung FAR sind nämlich in Schieflage geraten. Nicht wegen der anhaltenden Frührenten der Babyboomer, sondern weil gleichzeitig die Zahl der Beitragszahler unerwartet gesunken ist. Über die genauen Gründe dieses Rückgangs wird noch gerätselt. Fest stand allerdings: Der FAR braucht eine Sanierung. Und dieser Fakt wirkte auch auf die Lohnverhandlungen.

PROTESTE ZEIGTEN WIRKUNG

Diese begannen bekanntlich mit einem Affront. Trotz guter Baukonjunktur und trotz verbreiteten Nullrunden im letzten Jahr wollte der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) erneut keine generelle Lohnerhöhung gewähren. Die Gewerkschaften Unia und Syna forderten 250 Franken mehr für alle. Und die Buezerinnen und Buezer bekräftigten diese Forderung an der grossen Lohndemo vom 21. September in Bern. Endlich bewegte sich der SBV: Er bot nun eine generelle Lohnerhöhung, allerdings nur um ein halbes Prozent. Bei einem durchschnittlichen Bauarbeiterlohn hätte dies 30 Fränkli ausgemacht – und wäre damit einer Reallohnsenkung gleichgekommen! Denn die Teuerung liegt bei 1,2 Prozent. Zwar bot der SBV auch eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 1 Prozent, doch wäre diese individuell verteilt worden – also nach reinem Gutdünken der Firmen. Für die Gewerkschaften war das nicht annehmbar. Die Teu-

erung war schon im letzten Jahr nicht ausgeglichen worden. Die dritte und letzte Verhandlungsrunde stand daher unter keinem guten Stern. Doch die Bauleute protestierten vielerorts mit verlängerten Mittagspausen. Und die Unia machte einen Vorschlag, der neue Dynamik in die Sache brachte.

MEISTER WOLLTEN HÖHERES RENTENALTER

Demnach sollte die Lohnerhöhung gestückelt erfolgen: 125 Franken mehr ab 2025 und weitere 125 Franken ab 2026. Dafür sollte der Landesmantelvertrag (LMV) bis Ende 2026 verlängert werden. Der SBV nahm dies zur Kenntnis und kam dann auf den FAR zu sprechen. Sein Vorschlag: Die nötigen Zusatzkosten sollten alleine von der Arbeitnehmerseite getragen werden – konkret durch 0,5 Prozent höhere Lohnabzüge. Abermals mussten die Gewerkschaften auf den Tisch hauen. Denn damit wäre das minimale Lohnangebot der Meister wieder weggefressen worden. Es kam noch dicker. Denn im Lauf der Verhandlungen stellte sich heraus, dass der SBV den FAR nur sanieren wollte, falls das Rentenalter erhöht werde. Doch die Rente mit 60 ist eine Errungenschaft, die sich die Bauleute nicht nehmen lassen! Das Ringen und Feilschen ging weiter – und ergab schliesslich doch noch ein Resultat:

- Die Effektivlöhne sowie die Mindestlöhne werden per Januar 2025 generell um 1,4 Prozent erhöht. Das entspricht im Schnitt 85 Franken.
- Der Finanzierungsbeitrag der Arbeitgeberseite für den flexiblen Altersrücktritt (FAR) wird um 0,5 Prozent auf insgesamt 6 Prozent erhöht. Das entspricht im Schnitt 30 Franken. Der Arbeitnehmerbeitrag von 2,25 Lohnprozenten bleibt unverändert.
- Auf der Leistungsseite werden die Beiträge an den Ersatz der BVG-Altersgutschriften gestrichen. Eine volle Rente gibt es künftig erst nach 20 statt wie bisher nach 15 Beitragsjahren. Zudem werden die Anreize erhöht, freiwillig über 60 Jahre hinaus zu arbeiten.
- Die Kündigungsfrist für den Gesamtarbeitsvertrag der Frührente wird von 5 auf 10 Jahre verdoppelt.
- Falls wider Erwarten zukünftig weitere Sanierungsmassnahmen notwendig sein sollten, werden diese von der Arbeitnehmerseite getragen, wobei diese selbst entscheidet, ob ihre Beiträge steigen oder die Leistungen sinken sollen. Das Risiko ist überschaubar, weil 2024 die maximale Zahl der Rentner in Pension geht und nach 2028 die Zahlen zurückgehen.

Dieses Verhandlungsergebnis mussten die jeweiligen Parteien ihren Delegierten als Paket vorlegen. Das war auf allen Seiten nicht unumstritten.

RESULTAT ALS «DIEBSTAHL»?

Bei den Baumeistern opponierten besonders die Sektionen Zürich, Genf und Tessin. Sie wollten keinesfalls die Löhne, sondern das Rentenalter erhöhen. Und auf Gewerkschaftsseite beantragten die Bauleute aus dem Tessin geschlossen die Ablehnung des Resultats. Regionalsekretär Giangiorgio Gargantini erklärte den Standpunkt in der Berner

Die Baumeister wollten das Rentenalter der Baubüezer erhöhen. Doch die Rente mit 60 ist eine Errungenschaft, die sich die Bauleute nicht nehmen lassen!

Expohalle wie folgt: «Im Tessin hat in diesem Jahr praktisch kein Bauarbeiter eine Lohnerhöhung bekommen. Da reichen jetzt 1,4 Prozent nirgends hin!» Zudem seien die Zugeständnisse beim FAR zu happig. Ein anderer Tessiner bezeichnete das Resultat gar als «Diebstahl».

«LIEBER DEN SPATZ IN DER HAND»

Auf diese Voten folgten indes viele Plädoyers für eine Annahme des Resultats. Etwa von Sebastian Gummert, Präsident der Berner Oberländer Bauleute. Er argumentierte vor allem strategisch: «Mit diesem Ergebnis haben wir immerhin 10 Jahre Ruhe beim FAR und können uns endlich voll auf den LMV konzentrieren!» Oder von Xhafer Seidu, Baupräsident aus Zürich. Er plädierte für Realismus: «Seit 2002 kämpfe ich für den Bau, aber noch nie haben wir genau das bekommen, was wir eigentlich brauchen.» Er habe lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

«Natürlich hättet ihr alle mehr verdient», sagte auch Unia-Verhandlungsleiter Nico Lutz, «aber unsere roten Linien haben wir erfolgreich verteidigt und zudem Kaufkraft und FAR gesichert – und die Erhöhung der FAR-Beiträge zahlen die Baumeister.» Ausserdem sei es in den letzten 12 Jahren nie gelungen, im Jahr vor der LMV-Verhandlung die Löhne zu erhöhen.

Die Schlussabstimmung schaffte schliesslich Klarheit – eine deutliche Mehrheit sagte Ja. Damit treten die Neuerungen ab Neujahr in Kraft. Klar ist damit aber auch, dass schon bald ein neuer Kampf beginnt. Jener für eine fortschrittliche Erneuerung des LMV (siehe Spalte rechts).

Weichenstellung für LMV:

Runter mit der Arbeitszeit

Schon bald beginnt der Kampf für einen neuen Bauvertrag. Die Unia-Büezer haben klare Erwartungen – und ihre Prioritäten gesetzt.

JONAS KOMPOSCH

Für emotionale Ausfälle ist Chris Kelley eigentlich nicht bekannt. Doch als er an der Bau-Vollversammlung in Bern auf die jüngste Arbeitszeit-Umfrage zu sprechen kam, war sein Furor nicht zu übersehen: «Die Resultate sind schlicht schockierend!» rief der Unia-Co-Leiter Bau in den Saal. Tausende Bauleute hätten den Fragebogen bereits ausgefüllt. Gefragt worden



SCHOCKIERT: Unia-Mann Chris Kelley an der Versammlung.

FOTO: MANU FRIEDERICH

sind sie darin, wie viel Arbeitszeit ihnen pro Tag nicht bezahlt wird – etwa bei Aufladearbeiten am Morgen, bei der Reisezeit oder bei Überstunden. Das Resultat laut Kelley: «Hochgerechnet auf ein Jahr, entgeht jedem Bauarbeiter ein ganzer Monatslohn!» Mit diesem illegalen Zustand soll endlich Schluss sein.

FORDERUNGEN. Der Landesmantelvertrag (LMV) läuft Ende 2025 aus, eine Neuauflage wird schon ab kommendem Frühjahr verhandelt. Die Unia-Bauleute haben ihre Forderungen bereits verabschiedet. Darunter: eine bezahlte Pause, komplett bezahlte Reisezeit, Ermöglichung der 4- oder 4,5-Tage-Woche bei gleichem Lohn, automatischer Teuerungsausgleich, höhere Mittagsspesen (die seit Jahren bei 16 Franken stagnieren), Bewilligungspflicht und Erhöhung

«Jedem Bauarbeiter entgeht ein Monatslohn.»

CHRIS KELLEY, UNIA-CO-LEITER BAU

der Zuschläge für Samstags- und Nachtarbeit. Auch beim Hitze-Problem will man endlich Taten sehen. Gefordert wird die Arbeitszeiteinstellung ab 33 Grad, falls Beschattung nicht möglich ist.

All das ging einigen noch nicht weit genug. So forderte die Baugruppe Bern/Oberaargau-Emmental, dass die Laufzeit des LMV auf zwei Jahre begrenzt werde, falls die Meister den automatischen Teuerungsausgleich verweigerten. Die gleiche Gruppe verlangte eine Modifizierung der Überstunden-Deckelung für Strassenbauer. Das heutige Regime wirke sich im stark saisonalen Strassenbau familienfeindlich aus. Der Bauausschuss Tessin/Moesa wiederum forderte konkrete Vorschläge zur Umsetzung des 8-Stunden-Tags. Und die Mineure vom Gotthard deponierten eine Resolution, wonach im LMV die Zuschläge für den Untertagbau verbessert werden müssten. Die Vollversammlung machte sämtliche Forderungen zu den ihrigen – und zwar einstimmig. (jok)

Sexuelle Belästigung: 9 Frauen, 9 haarsträubende Vorfälle

«Wir werden angefasst und heimlich fotografiert»

Fast jede Person, die in der Pflege arbeitet, erlebt sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Neun Frauen berichten über ihre Erlebnisse.

JULIA NEUKOMM UND DARIJA KNEŽEVIĆ

Eine 2023 erschienene Studie der Hochschule ZHAW zeigte erschreckende Zahlen: Über 96 Prozent der Pflegenden haben am Arbeitsplatz sexuelle Belästigung erlebt. Um den Pflegenden direkt eine Stimme zu geben, startete work einen Aufruf. In kürzester Zeit meldeten sich unzählige Pflegenden, die bereit waren, anonym ihre Geschichten zu teilen. Doch es gab auch Gegenwind: Männliche User versuchten das Thema herunterzuspielen, etwa mit Kommentaren wie: «Wenn Komplimente sexuelle Belästigung sind, dann stimmt die Studie wohl.» Solche Reaktionen zeigen, wie wichtig es ist, den Pflegenden Gehör zu verschaffen. Ihre Geschichten sprechen von Übergriffen, die niemand hinnehmen sollte.

Simona Dubois *

«Seit zehn Jahren arbeite ich in der Pflege und habe schon x-mal erlebt, dass Männer während der Intimpflege Bemerkungen wie «Oh, das tut gut», «Oh, können Sie fester reiben?» machten. Erst vor kurzem kam es zu einer Situation im Spital, wo ein Mann – er war klar im Kopf – uns Pflegenden immer wieder nachpfliff, uns Luftküsse zuschickte und an meinem Pferdeschwanz zog, mit dem Kommentar: «Sie haben tolle Haare.» Das fand ich eklig. Von Männern mit einer Demenzerkrankung wurde ich am Hintern oder an den Brüsten angefasst. Dort kann ich die Situation einordnen, da ich weiss, es ist die Krankheit. Mich nervt, dass sexuelle Belästigung in der Pflege so heruntergespielt wird. Die Gesellschaft hat teilweise so ein falsches Bild von «Krankenschwestern». Die Tatsache, dass der Beruf an der Fasnacht oder an Halloween sexualisiert dargestellt wird, macht die Situation nicht besser.»



Chantal Shehu *

«Während meiner Ausbildung arbeitete ich in einem sehr kollegialen Team. An unseren Teamveranstaltungen wurde oft viel Alkohol konsumiert. An solch einem Anlass bemerkte ich die subtilen Berührungen eines Vorgesetzten an meinen Beinen. Im Verlauf des Abends häuften sich die Berührungen und wurden zu einer ganzen Hand an meiner Hüfte. Ich habe schnell gemerkt, dass ich mich nicht wohl fühle, wollte es aber nicht wahrhaben, dass ein Vorgesetzter Grenzen überschreitet. Er berührte mich auch im Intimbereich. Tage später habe ich den Vorfall bei meiner Bildungsvorgesetzten gemeldet. Ich habe mich zutiefst geschämt. Der Vorgesetzte bekam Auflagen, arbeitete jedoch weiterhin normal weiter. Das ist sehr frustrierend.»



Nina Blum *

«Während der Ausbildung haben wir das Thema sexuelle Belästigung nicht behandelt. Es wurde nur erwähnt, dass es vorkommen kann, dass ein Mann bei der Intimpflege eine Erektion bekommt und wir als Pflegenden dann bei solch einem Fall ein Tuch darüberlegen und uns nichts anmerken lassen sollten. Mit 17 Jahren forderte mich dann ein Patient auf, sein «Schnäbi» zu streicheln. Auf so eine Situation wurde ich nicht sensibilisiert.»

Lea Moser *

«In der Neurologie erlebe ich oft übergreifige Situationen. Aufgrund von Hirn- und Nervenkrankheiten verhalten sich delirierte Patientinnen und Patienten manchmal unangemessen. Das kann von sexuellen Äusserungen bis hin zu schweren sexuellen Handgreiflichkeiten gehen. In der Ausbildung haben wir das Thema kein einziges Mal behandelt.»



Tina Müller *

«Neulich bekam ich auf LinkedIn eine Nachricht vom Bruder eines Patienten. Er konnte mich aufgrund meines Namensschilds auf meiner Arbeitskleidung in den sozialen Medien finden. Dort schrieb er mir, dass ich mich so gut um seinen Bruder gekümmert habe, und er wolle deshalb nachfragen, wann er an der Reihe sei.»



Elena Rossi *

«In meiner Ausbildung – ich war 15 Jahre alt – war die erste Person, die ich allein ohne Ausbilderin duschen musste, ein Mann. Wir hatten an diesem Tag Personalmangel, und ich musste deshalb auf einem anderen Stockwerk einspringen. Ich kannte den Bewohner im Vorfeld nicht und wurde aufgrund des Zeitmangels auch nicht über ihn informiert. Als ich den Mann duschen wollte, fing er an, sich im Intimbereich zu berühren, und versuchte, mich anzufassen. Ich war noch sehr jung, erst seit kurzem in der Ausbildung und mit der Situation überfordert.»

Lena Schneider *

«Vor kurzem begann ich meine Ausbildung als Fachfrau Gesundheit (FaGe) in einem Altersheim. In dieser Zeit wurde ich von einem Mitarbeiter sexuell belästigt. Ich wandte mich an meine Berufsbildnerin in der Hoffnung, dass sie mir helfen würde. Leider geschah das nicht. Stattdessen wurde ich auf eine andere Abteilung versetzt. Dort wurde es leider nicht besser. Ein weiterer Mitarbeiter verhielt sich übergreifig. Diese Erfahrungen haben mich so belastet, dass ich mit Panik- und Angstzuständen zu kämpfen habe. Ich konnte meine Ausbildung leider nicht weiterführen und musste die Lehre abbrechen.»



Leonie Habegger *

«Als ich mit 16 Jahren frisch in der Lehre war, gab es einen älteren Mann, der die Intimpflege besonders «genoss». Das machte er uns Pflegenden jedes Mal verbal deutlich spürbar. In der Lehre wurde das Thema sexuelle Belästigung kein einziges Mal angesprochen. Wir waren solchen Situationen einfach ausgeliefert – und das mit gerade einmal 16 Jahren.»



* Namen geändert

Femizid: Kriminologin Nora Markwalder (43) zu Tötungen, die aus Frauenhass entstehen

«Das Hauptmotiv ist Eifersucht»

Nora Markwalder (43) ist Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Universität St. Gallen. Aus ihrer Forschung kennt sie das Motiv und die Motivation der Männer, die Frauen töten. Und fordert im work-Interview: Wir müssen endlich hinschauen!

DARIJA KNEŽEVIĆ

work: Nora Markwalder, vor fünf Jahren sagten Sie im work, dass 40 Prozent aller Tötungen in der Schweiz in einer Partnerschaft stattfänden und die grosse Mehrheit der Opfer Frauen seien. Was hat sich seither verändert?

Nora Markwalder: Leider nicht viel. Fünf Jahre sind ein eher kurzer Zeitraum, um grössere Veränderungen in der Forschung festzustellen. Die Anzahl Tötungsdelikte in Partnerschaften an Frauen sind seit etwa zwanzig Jahren gleichbleibend. Die generelle Mordrate sinkt jedoch stetig, darunter beispielsweise Tötungen im Ausgang oder Miliütötungen.

Die generelle Mordrate sinkt, das ist doch ein gutes Zeichen.

Man müsste sich fragen: Warum gehen die Tötungsdelikte in Partnerschaften nicht im gleichen Mass zurück? Mittlerweile gibt es einzelne Jahre, in denen hierzulande mehr Frauen als Männer getötet werden.

Was bringt einen Mann dazu, eine Frau zu töten?

Das Hauptmotiv ist die Eifersucht. Bei der Hälfte der Tötungen hat eine Trennung stattgefunden oder wird voraussichtlich stattfinden. Der Mann erträgt die Trennung nicht oder ist eifersüchtig auf potentielle neue Partner. Das kostet jährlich im Durchschnitt 14 Frauen das Leben. Die Eifersucht ist besonders bei jüngeren Paaren das ausschlaggebende Motiv.

Und bei älteren?

Täter und Opfer sind bei Tötungsdelikten in der Partnerschaft älter als bei anderen Delikten. Bis es zur tödlichen Gewalt kommt, gehen oftmals jahrelange Beziehungskrisen voraus und hat bereits häusliche Gewalt stattgefunden. Auch im hohen Alter kommt es zu Tötungsdelikten in Partnerschaften. In diesen Fällen bringt der Ehemann oft seine alte, kranke oder demente Frau aus Überforderung oder Mitleid um. Erst sie und dann sich selbst. In diesen Fällen spricht man von einem Homizid/Suizid. Diese Tötungen machen 27,7 Prozent der Tötungsdelikte in Partnerschaften aus. Auch die Tatwaffen unterscheiden sich: Während jüngere Täter zu Stichwaffen greifen, töten ältere Täter häufiger mit Schusswaffen.

Bei Femiziden heisst es oft, das Paar habe «Eheprobleme», der Mann ein «Aggressionsproblem» oder die Frau sündigt die «falsche Wahl» bei der Partnersuche getroffen.

Oftmals fiel in diesem Zusammenhang, gerade in der medialen Berichterstattung, das Wort «Beziehungsdrama». Das hat sich zwar in den vergangenen fünf Jahren deutlich verbessert, aber wichtig ist: Die Tötung einer Frau in einer Beziehung ist kein Drama, sondern ein Tötungsdelikt. Wichtig ist bei solchen Delikten, herauszufinden, was das Motiv der Täter war. Im Strafgesetz unterscheidet man zwischen vorsätzlicher Tötung und Mord. Bei Mord drohen dem Täter höhere Strafen, etwa eine lebenslange Freiheitsstrafe. Natürlich ist jedes Tötungsdelikt sehr individuell. Es müssen aber grundsätzlich die Fragen geklärt werden: Hat der Täter aus Skrupellosigkeit gehandelt? Welche Rolle spielen frauenverachtende Ansichten oder sogar Frauenhass? Musste das Opfer besonders leiden oder qualvoll und langsam sterben? Und: Wurde das Tötungsdelikt aufgrund einer krassen Missachtung des Lebens und der Integrität der Frau begangen?

Passion: Krimis bei der Arbeit, Krimis zu Hause

Nora Markwalder (43) ist Kriminologin aus Leidenschaft. Als Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Universität St. Gallen bringt sie Studierenden die Themen näher und forscht dazu. In ihrer Freizeit gibt ihr das Thema aber keine Ruhe: Sie ist grosser Krimi-Fan – ob als Buch oder Film. Ihre Passion zum Beruf machte sie über ein Jura- und Kriminologiestudium. Nach ihrem Doktorat absolvierte sie Gerichtspraktika, die Anwaltsprüfung und arbeitete anschliessend als Strafverteidigerin. (dak)

Wann spricht man von einem Mord?
Mord ist, wenn der Täter besonders skrupellos gehandelt hat. Das heisst, wenn sein Beweggrund, der Zweck der Tat oder die Ausführung der Tat besonders verwerflich war. 34,7 Prozent der Partnertötungen wurden als Mord qualifiziert, 58,4 Prozent als vorsätzliche Tötung und 6,9 Prozent als Totschlag.

Welche Strafe sitzen diese Täter ab?

Die Urteile fallen jeweils sehr unterschiedlich aus, je nachdem, ob jemand wegen vorsätzlicher Tötung, Mordes oder Totschlags verurteilt wurde. Die durchschnittliche Länge der Freiheitsstrafe liegt bei Partnertötungen bei 12,1 Jahren.

Und in welchen Familien kommt es zu solchen Tötungsdelikten?

In unserer Forschung schauen wir verschiedene Faktoren wie Herkunft, Vorstrafen oder die Beziehung zwischen Opfer und Täter an. Bei den Tötungsdelikten in der Schweiz sind zwar Opfer sowie Täter mit Migrationshintergrund generell leicht übervertreten. Bei Partnerinnentötungen oder familiären Tötungen sind jedoch Schweizer Täter in der Mehrheit. Oftmals gibt es ein schwieriges Beziehungsumfeld, in dem es schon länger kriselt. Gerade die Trennung ist ein gefährlicher Zeitpunkt. Zudem kommen die Delikte oft in Beziehungen vor, in denen es im Vorfeld häusliche Gewalt gab, oder in Partnerschaften mit schwierigen Lebenssituationen, die zu viel Streit führen. Aus der Forschung wissen wir, dass prekäre Lebensumstände, Geldsorgen oder enge Wohnverhältnisse Risikofaktoren für häusliche Gewalt sind.

Es gibt verschiedene Formen der häuslichen Gewalt: physische, psychische, sexuelle, wirtschaftliche und soziale. Wie ist da in der Schweiz die Betroffenheit?

In einer kürzlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung haben wir gefragt: Waren sie schon mal Opfer von Gewalt innerhalb der Partnerschaft? Die Ergebnisse waren eindeutig: Rund jede fünfte befragte Person hat schon Gewalt erlebt. Dabei haben wir fünf Arten der Gewalt unter die Lupe genommen. Bei der physischen Gewalt kommt es beispielsweise zu Handgreiflichkeiten oder Drohungen. Die psychische Gewalt äussert sich zum Beispiel darin, dass man vom Partner lächerlich gemacht, gedemütigt und seelisch verletzt wird.

«Diesen Tötungen gehen oft jahrelange gewalttätige Beziehungen voraus.»

Sexuelle Gewalt bedeutet in diesem Zusammenhang Belästigung, Bedrängung, Vergewaltigung. Bei der wirtschaftlichen Gewalt hat eine Person in der Beziehung die wirtschaftlichen Ressourcen unter Kontrolle, beispielsweise das Geld. Und zuletzt die soziale Gewalt, wenn ein kontrollierendes Verhalten über das Sozialleben der Partnerin oder des Partners im Zentrum steht. Die Umfrage ergab, dass eine grosse Betroffenheit bei beiden Geschlechtern herrscht. Während unter der physischen, sexuellen, psychischen und wirtschaftlichen Gewalt besonders Frauen leiden, sind bei der sozialen Gewalt die Männer übervertreten. Und somit zurück zur Frage: Die Schweizer Bevölkerung ist stark betroffen vom Phänomen der häuslichen Gewalt.

Sie sprechen von Tötungsdelikten in Partnerschaften statt von Femiziden. Was ist denn jetzt der korrekte Begriff?

Das Wort Femizid ist in den letzten Jahren besonders durch die Medien aufgekommen und bezeichnet die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Der Täter tötet, weil das Opfer eine Frau ist. Doch das ist ein politischer Begriff, kein juristischer. Deshalb sind wir in der Kriminologie zurückhaltend damit. Wichtig festzuhalten ist aber, dass das Wort Femizid bislang politisch und medial viel bewegen konnte und es wichtig ist, für diese Art der Tötungsdelikte einen spezifischen Begriff zu haben.

Und zum Schluss: Was muss sich in den kommenden fünf Jahren dringend ändern?

Tötungen an Frauen sind ein gleichbleibendes Problem. Wenn man diese Tötungsdelikte reduzieren will, müssen wir jetzt präventiv vorgehen und uns auf diese Art der Delikte fokussieren. Als Gesellschaft müssen wir hinschauen und diesen Tötungen, der schlimmsten Form der häuslichen Gewalt, Aufmerksamkeit schenken. Auf politischer Ebene hat sich in den vergangenen fünf Jahren zwar einiges bewegt. Aber damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Der Fokus muss auf einer Nulltoleranz bei Gewalt liegen, denn diesen Tötungen gehen oft jahrelange gewalttätige Beziehungen voraus. Es braucht dringend mehr Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit. Welche Früchte das trägt, können wir in der Forschung wohl erst in der Zukunft sagen. Dafür müssen wir uns in 15 Jahren wieder zum Interview treffen.

Gerne! Dann hoffentlich mit einem Bericht über positivere Entwicklungen.



PROFESSORIN NORA MARKWALDER: «Bei Partnerinnentötungen oder familiären Tötungen sind Schweizer Täter in der Mehrheit, generell bei Tötungsdelikten sind Opfer sowie Täter mit Migrationshintergrund jedoch leicht übervertreten.» FOTO: JULIA NEUKOMM

16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Demo gegen Gewalt an Frauen in Bern

Bunter Protest in bitterer Kälte

16 Tage gegen Gewalt an Frauen



SCHULTER AN SCHULTER: Tausende kamen an die Demo nach Bern, darunter Unia-Mitglied und SP-Nationalrätin Tamara Funicello (u.l.) und Unia-Präsidentin Vania Alleva (u.r.). FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Unter dem Motto «Schulter an Schulter – gegen Gewalt an Frauen» setzten Tausende Demonstrantinnen und Demonstranten am Samstag in Bern ein Zeichen.

AM ARBEITSPLATZ. Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, sagt zu work: «Sexualisierte Gewalt ist nicht nur ein Problem zu Hause, sondern auch am Arbeitsplatz. Deshalb sind wir Gewerkschafterinnen heute da!»

Ein bunter und friedlicher Protestzug zog durch die Berner Innenstadt. Begleitet von einer Vielfalt an kreativen Plakaten und Aktionen, weckten die Aktivistinnen und Aktivisten die Aufmerksamkeit der Shoppingmeute. Die Demo endete auf dem Bundesplatz. Dort hielt unter anderem alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine aufrüttelnde Rede. Sie erzählte von ihrer Arbeit in einem Freiburger Frauenhaus vor 40 Jahren und was sich seither (nicht) verbessert hat.

Auf Social Media fordert SP-Nationalrätin Tamara Funicello: «5 Rappen für unsere Sicherheit! Für jeden Franken, der in das Armeebudget fliesst, sollen 5 Rappen davon den Frauenhäusern und Opferberatungen zugute kommen.» (dak)

Bündner Ex-Richter und Vergewaltiger verurteilt

«Hört auf, vom Sexopfer zu schreiben»

Jetzt ist es offiziell: Ein Bündner Richter wurde wegen sexueller Belästigung, Vergewaltigung und Drohung verurteilt. Agota Lavoyer, Expertin für sexualisierte Gewalt, ordnet für work den Prozess und das Urteil ein.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Vor wenigen Wochen sorgte ein Prozess vor dem Regionalgericht Plessur GR für viel Aufsehen. Ein ehemaliger Bündner Richter wurde von seiner Praktikantin angeklagt. Der Vorwurf: Vergewaltigung, mehrfache sexuelle Belästigung und mehrfache Drohung. Nach einer zweitägigen Anhörung kam am 12. November das Urteil: Das Bezirksgericht sprach ihn schuldig.

Nebst der erschütternden Tat und dem Ausnutzen der Machtposition des Täters sorgte der Prozess für Ekel. Der Verteidiger des Vergewaltigers sowie ein Nebenrichter machten dem Opfer gegenüber unmögliche Aussagen. Ein Nebenrichter fragte, ob die junge Frau «nicht die Beine hätte zusammenpressen können». Und der Anwalt des Täters war der Meinung, ein Nein reiche nicht.

Für Agota Lavoyer (43), Expertin für sexualisierte Gewalt und Opferberatung, ist klar: «Der Umgang unserer Strafbehörden mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt ist unhaltbar.»

AGOTA LAVOYER

«Dieses Urteil kann Entmutigung auslösen.»

Agota Lavoyer (43), Expertin für sexualisierte Gewalt und Opferberatung, ist klar: «Der Umgang unserer Strafbehörden mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt ist unhaltbar.»

DAS ABRATEN EINER THERAPIE

Lavoyer arbeitete als Sozialarbeiterin mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt. Seit über 10 Jahren ist sie in der Opferberatung tätig und kennt die Ausgangslage der Betroffenen aus erster Hand. Zudem ist sie Autorin, darunter das Buch «Jede Frau» (work berichtete: [rebrand.ly/jede-frau](https://www.work.ch/rebrand.ly/jede-frau)). Für sie zeigt der Prozess exemplarisch, wie tief Sexismus und die sogenannte Rape Culture, also die Akzeptanz von sexualisierter Ge-

walt, in unserer Gesellschaft verwurzelt sind. «Dieser Prozess kann bei Betroffenen von sexualisierter Gewalt eine grosse Ernüchterung und Entmutigung auslösen», so Lavoyer. Wer rechtliche Schritte gegen einen Sexualstraftäter einleitet, muss oft mit einem Verfahren von zwei bis vier Jahren rechnen. Zudem ist es eine Lotterei, ob die zuständigen Behörden sensibel mit dem Thema umgehen. Um im Prozess möglichst traumatisiert und damit glaubwürdig aufzutreten, wird den Opfern manchmal sogar von einer Therapie abgeraten.

Für die Taten des Vergewaltigers aus Chur fiel das Strafmass wie folgt aus: Freiheitsstrafe von 23 Monaten und eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen à 90 Franken, beides zur zweijährigen Bewährungsfrist. Heisst: Er ist auf freiem Fuss. Zudem muss er eine Busse von 2300 Franken bezahlen. Zu wenig? «Grundsätzlich empfinden viele Betroffene das Strafmass der verurteilten Täter als zu mild. Andererseits ist der Schuldprozess für viele eine grosse Erleichterung – unabhängig vom Strafmass», sagt Lavoyer.

LEARNPROGRAMME ZUR PRÄVENTION

Mit der Revision des Sexualstrafrechts (work berichtete: [rebrand.ly/belaestigt](https://www.work.ch/rebrand.ly/belaestigt)) konnten viele Verbesserungen bewirkt werden. Doch diese sollte man auch nutzen, so Lavoyer: «Personen, die Delikte gegen die sexuelle Integrität begangen haben, können nun verpflichtet werden, an Lernprogrammen teilzunehmen. Der Haken: können und nicht müssen.» Diese Programme sollen helfen, Rückfälle zu verhindern, und zur Prävention beitragen. Laut Lavoyer muss man verurteilte Täter strenger mit Präventionsmassnahmen daran hindern, wieder gewalttätig zu werden. Generell steht bei der Präventionsarbeit rund um sexualisierte Gewalt noch viel Arbeit an. Denn: «Solange das Ausmass sexualisierter Gewalt so gross ist, kann



AGOTA LAVOYER: «Der Umgang unserer Strafbehörden mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt ist unhaltbar.»

FOTO: ZVG/RAPHAELA GRAF

keine Gleichstellung herrschen.» Aber Achtung: Fälle, die noch vor der Revision des Sexualstrafrechts passiert sind, werden nach dem alten Recht beurteilt.

Laut Lavoyer erzielen wir Gleichstellung erst bei einer Nulltoleranz gegenüber sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Denn die Verbreitung gewaltvoller Haltungen findet immer neue Wege, etwa aktuell durch soziale Netzwerke.

DIE VERANTWORTUNG DER MEDIEN

Der ganze Prozess rund um den Vergewaltigungsfall wurde besonders medial gepusht. Dazu sagt Lavoyer: «Die Berichterstattung hat sich auf jeden Fall verbessert. Es kann aber nicht sein, dass Medien den Prozess begleiten, die gefallenen Aussagen aber weder kommentieren noch einordnen.» Dabei sei es besonders wichtig, dass sich die Tagespresse daran erinnert, die vierte Gewalt zu sein. Zudem betont Lavoyer: «Hört auf, vom Sexopfer zu schreiben. Es sind Gewaltopfer. Das Wort «Gewalt» wird für den Clickbait oft durch «Sex» ersetzt, was eine Verharmlosung darstellt und eine Reproduktion der Rape Culture ist.»

Chris Kelley ist in den USA aufgewachsen und verfolgt nach wie vor das politische Geschehen in seinem Heimatland. Für work ordnet der Co-Sektorleiter Bau der Unia die Niederlage von Kamala Harris ein.

CHRIS KELLEY

Vor vier Jahren schaute die Welt zu, wie Rechts-extreme in Washington D.C. das Kongressgebäude stürmten. Ihr Ziel: den gewählten US-Präsidenten Joe Biden zu verhindern. Für mich waren die Szenen surreal. Obwohl meine Familie aus der Gewerkschaftshochburg und dem heutigen Swing State Pennsylvania stammt und ein anderer Teil aus Georgia, war Washington bis zu meiner Jugend meine Heimatstadt.

Nun, vier Jahre später, wird Donald Trump als neuer, alter Präsident das Amt antreten. Derjenige, der die Rechtsextremen vor ihrem Sturm auf das Capitol aufgeheizt hatte. Er hat nicht nur dank dem veralteten US-Wahlsystem gewonnen. Dieses Mal hat er voraussichtlich sogar die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten.

REAKTIONÄR UND RASSISTISCH?

Leute in der Schweiz fragen mich: Ist eine Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner nun rassistisch, frauenfeindlich und erzreaktionär? Es ist eine Tatsache, dass bereits Trumps erster Sieg die extreme Rechte katalysierte und offene Rassisten und Frauenhasser sich von Trump angezogen fühlen.

Die Auswertungen der Nachwahlbefragungen sind allerdings unbequem. Trotz Trumps unsäglicher Rhetorik auf der einen Seite und identitätspolitischen Aufrufen der Demokraten auf der anderen wählten so viele Latinos und Afroamerikaner wie noch nie einen republikanischen Kandidaten. Gegenkandidatin und gegenwärtige Vizepräsidentin Kamala Harris erreichte die Mehrheit der Latinos, eine bisher treue Wählergruppe, nur knapp. Und während Harris' Vorsprung bei den Frauen im Vergleich zu 2020 um satte sieben Prozent zurückging, erreichte Trump sogar eine Mehrheit der Frauen ohne Hochschulabschluss. Trotz Abtreibungs-

frage und trotz haarsträubenden Aussagen von Trumps Vize, JD Vance. Bei fast allen demographischen Gruppen schaffte es Trump, seinen Stimmenanteil zu verbessern. Millionen, die zuvor Barack Obama zum ersten afroamerikanischen Präsidenten der Geschichte gewählt hatten, sind heute Trump-Wählende. Provokativ formuliert: Das war die diverseste republikanische Koalition seit dem letzten Jahrhundert.

Bei einer Gruppe konnte Harris punkten: Während Trump die Mehrheit der Personen mit tieferem Haushaltseinkommen für sich gewann, kann Harris die Mehrheit derjenigen mit Einkommen von über 100 000 Dollar für sich beanspruchen. Diese zweifelhafte Ehre spricht Bände.

DIE STATUS-QUO-KANDIDATIN

So what the hell happened? Kamala Harris hatte keine einfache Ausgangslage. Nach dem Biden-Desaster hatte Harris drei Monate Zeit, ihre Kampagne zum Sieg zu steuern. Die weltweite Teuerung war besonders spürbar in den USA und fand unter einem demokratischen Präsidenten statt, der aus Sicht der meisten wenig dagegen tat. Und Harris ist eine Frau. Wer glaubt, das habe keine Rolle gespielt, lebt in einer Phantasiewelt.

Trotzdem schaffte Harris einen dynamischen Start. Zum einen war dies Ausdruck blanker Erleichterung, nicht mehr einen Kandidaten im geistigen Verfallszustand zu haben. Zum anderen schien Harris zu Beginn eines anderen Kurses einzuschlagen. Sie stellte die Alltagssorgen der Leute ins Zentrum und verband diese mit scharfen Angriffen auf CEO und Konzerne.

Doch je näher der Wahltag vorrückte, desto mehr distanzierte sich die Harris-Kampagne von diesem Kurs. Nachdem sie ihre Kampagne zusammen mit populären Gewerkschaftsfiguren gestartet hatte, tourte sie zum Schluss mit Establishment-Vertretern und Multimilliardären durch die Staaten. Statt sich auf die konkreten Anliegen der Leute zu konzentrieren, war der Ansporn durch abstrakte Warnungen vor der lauernden Trump-Gefahr geprägt. Anstelle eigener Botschaften wurden an Harris-Kundgebungen Ausschnitte von Trump-Reden auf Grossbildschirmen projiziert.

Dabei war die Hauptsorge der Wählenden gemäss einer Umfrage nach der anderen klar: Die steigenden Lebenskosten. Unabhängig von Geschlecht oder Migrationshintergrund. Diese

Tatsache kollidierte mit der Sichtweise vieler Demokratinnen und Demokraten (und vieler Linker in Europa), die Minderheitsgruppen auf ihren jeweiligen Status reduziert und dabei ausblendet, dass auch sie arbeiten, Mieten bezahlen und trotz haarsträubenden Aussagen von Trumps Vize, JD Vance. Bei fast allen demographischen Gruppen schaffte es Trump, seinen Stimmenanteil zu verbessern. Millionen, die zuvor Barack Obama zum ersten afroamerikanischen Präsidenten der Geschichte gewählt hatten, sind heute Trump-Wählende. Provokativ formuliert: Das war die diverseste republikanische Koalition seit dem letzten Jahrhundert.

Bei einer Gruppe konnte Harris punkten: Während Trump die Mehrheit der Personen mit tieferem Haushaltseinkommen für sich gewann, kann Harris die Mehrheit derjenigen mit Einkommen von über 100 000 Dollar für sich beanspruchen. Diese zweifelhafte Ehre spricht Bände.

DIE STATUS-QUO-KANDIDATIN

So what the hell happened? Kamala Harris hatte keine einfache Ausgangslage. Nach dem Biden-Desaster hatte Harris drei Monate Zeit, ihre Kampagne zum Sieg zu steuern. Die weltweite Teuerung war besonders spürbar in den USA und fand unter einem demokratischen Präsidenten statt, der aus Sicht der meisten wenig dagegen tat. Und Harris ist eine Frau. Wer glaubt, das habe keine Rolle gespielt, lebt in einer Phantasiewelt.

Trotzdem schaffte Harris einen dynamischen Start. Zum einen war dies Ausdruck blanker Erleichterung, nicht mehr einen Kandidaten im geistigen Verfallszustand zu haben. Zum anderen schien Harris zu Beginn eines anderen Kurses einzuschlagen. Sie stellte die Alltagssorgen der Leute ins Zentrum und verband diese mit scharfen Angriffen auf CEO und Konzerne. Doch je näher der Wahltag vorrückte, desto mehr distanzierte sich die Harris-Kampagne von diesem Kurs. Nachdem sie ihre Kampagne zusammen mit populären Gewerkschaftsfiguren gestartet hatte, tourte sie zum Schluss mit Establishment-Vertretern und Multimilliardären durch die Staaten. Statt sich auf die konkreten Anliegen der Leute zu konzentrieren, war der Ansporn durch abstrakte Warnungen vor der lauernden Trump-Gefahr geprägt. Anstelle eigener Botschaften wurden an Harris-Kundgebungen Ausschnitte von Trump-Reden auf Grossbildschirmen projiziert.

Dabei war die Hauptsorge der Wählenden gemäss einer Umfrage nach der anderen klar: Die steigenden Lebenskosten. Unabhängig von Geschlecht oder Migrationshintergrund. Diese

US-Wahlen: Wieso Harris verloren hat

Eine Tragödie, aber keine Überraschung

ckelte sich zur «Party everyone loves to hate», die Partei, die alle lieben zu hassen.

Nach mehreren Fehlversuchen füllte spätestens die Republikanische Partei um Donald Trump dieses Vakuum. Er schuf die Erzählung, er sei der Anwalt der Unterschicht gegen die kulturelle und politische Elite des Establishments. Trotz arbeitnehmerfeindlicher Politik bezeichnen sich Republikaner mittlerweile als «multikulturelle Partei der Arbeiterklasse» – und kommen damit durch.

Einige Demokraten meinten, eine perfide Lösung darauf gefunden zu haben. Senatsführer Chuck Schumer formuliert es wie folgt: «Für jeden Arbeiter, den wir verlieren, gewinnen wir zwei gemässigte Republikaner in den Vororten.» Das war 2016. Vier Monate später verlor Hillary Clinton die Wahl an Trump.

Nach dem erneuten Wahldebakel dieses Jahr nimmt der unabhängige Senator Bernie Sanders kein Blatt vor dem Mund: «Es sollte nicht überraschen, dass eine Partei, die die Arbeiterklasse im Stich liess, nun feststellt, dass die Arbeiterklasse auch sie im Stich lässt. Zuerst war es die weisse Arbeiterklasse, und jetzt sind es auch Latinos und schwarze Arbeitende. Während die Demokratenführung den Status quo verteidigt, ist das amerikanische Volk wütend und will Veränderungen. Und sie haben recht.»

UND NUN?

Die noch deutlichere Niederlage der Demokraten scheint die Wiederholung der Geschichte zu sein. Vor acht Jahren als Tragödie, nun als Farce. Die Demokraten haben nichts gelernt. Einige Demokraten sind selbstkritischer. Harris' Vizekandidat und ehemaliger Lehrer Tim Walz erklärte kurz vor der Wahl: «Klar ist Trump ein Meister der Manipulation. Aber man muss auch die Frage stellen: Was tun wir nicht, um diese Leute anzusprechen? Wenn ich meiner Schulklassen eine Prüfung vorlege und die Mehrheit der Schüler schlecht abschliesst, dann hat das vermutlich etwas mit mir zu tun.»

Das ist ein Anfang. Die Demokratische Partei wird sich nicht von heute auf morgen verändern, wenn überhaupt. Will sie aber jemals wieder zur Partei der Massen werden, dann muss sie für eine Politik einstehen, die nicht auf eine hochgebildete und wohlhabende liberale Elite ausgerichtet ist. Sie muss zur Partei werden, welche die realen Sorgen der Leute ernst nimmt und sie entlang diesen Themen auch eint.

«Die Hauptsorge der Wählenden war klar: die steigenden Lebenskosten.»



UNIA-MANN CHRIS KELLEY



workkommentar Anne-Sophie Zbinden

DIE ZEIT DER GROSSEN MACKER IST ZURÜCK

Da ist dieser eine Satz, der Donald Trumps Haltung gegenüber Frauen so grässlich auf den Punkt bringt: «Ich werde die Frauen beschützen, ob sie wollen oder nicht.» Die Frau, das schwache, willenlose Wesen, das auf Gunst und Kraft des Mannes angewiesen ist. Trumps Wahl rüttelt an den Grundfesten der ohnehin wackligen Gleichstellung. Mühsam erkämpfte Frauenrechte geraten ins Wanken.

TRUMP RÜTTELT AN DEN GRUNDFESTEN DER GLEICHSTELLUNG.

auf Gunst und Kraft des Mannes angewiesen ist. Trumps Wahl rüttelt an den Grundfesten der ohnehin wackligen Gleichstellung. Mühsam erkämpfte Frauenrechte geraten ins Wanken.

BEDROHUNG. Trump 2.0 hat Signalwirkung. Die Zeit der grossen Macker ist zurück. Sehr zur Freude vieler Männer auf der ganzen Welt. Denn ihre grössten Bedrohungen scheinen nicht Krieg, Klimakrise oder mangelnde Kaufkraft zu sein, sondern Frauen. Und mit Trump als Galionsfigur können diese Menschen nun ganz ungehemmt die Frauen dorthin verweisen, wo sie aus ihrer Sicht hingehören: weit, weit unter ihnen. Doch nicht nur das. Trumps Wiederwahl ist für Frauen brandgefährlich. Sie zeigt: Frauenverächter sind nicht nur salonfähig, sondern werden für diese Haltung belohnt. Trump öffnet weltweit grossen und kleinen Machos Tür und Tor, schamlos ihren Frauenhass zu propagieren. Noch in der Wahlnacht entstand in den USA der beunruhigende «TikTok-Trend», bei dem Männer feministische Userinnen mit «your body, my choice» (dein Körper, meine Entscheidung) kommentieren und so den Spruch der Abtreibungsrechtlerinnen verdrehen («My body, my choice», mein Körper, meine Entscheidung). Eine klare Drohung.

VERSTÖRENDE. Kein Wunder, ist der Roman «Der Report der Magd» von Margret Atwood zurzeit Bestseller in den USA. Atwoods Roman aus den 1980er Jahren beschreibt eine dystopische Zukunft, in der christliche Fundamentalisten in den USA die Macht übernommen haben. Die totalitäre Regierung führt das Land mit eiserner Faust. Frauen haben in dieser Welt keine Rechte, sondern sind zu Gebärmaschinen degradiert. Kamala Harris ist eine Frau. Und das ist ein Grund für ihre Nichtwahl, wenn auch nicht der einzige (siehe Text links). In der ganzen sexistischen Haltung der Trumps & Co. – und wahrscheinlich weit über diese Kreise hinaus – schwingt jedoch mit: Frauen haben nicht das nötige Durchsetzungsvermögen und sind zu emotional für das Amt der Präsidentin. Dafür sitzt bald ein Sexist in Weissen Haus. Ein Mann, der seit den 1970er Jahren von mindestens 26 Frauen der Vergewaltigung, Nötigung und Belästigung beschuldigt wurde. 2023 wurde er wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt. 2005 sagte er in einem Video, dass er einfach nicht die Finger von schönen Frauen lassen könne, und sie würden sich nicht einmal wehren. Weil er ein Star sei, könne er sie sogar im Intimbereich anfassen. Wörtlich: «Grab 'em by the pussy.» Die feministische Antwort: «Grab them by the Patriarchy!»



Solidarität ist heisser als jeder Stahlofen. Im work stehen die Geschichten dazu.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

PROFIT
Hungerlöhne

Bekämpfe die weltweite Ungleichheit mit uns: solidar.ch





FRÜHER US-MULTI, JETZT SOLIDARITÄT: Aus einem ehemaligen McDonald's werden Lebensmittel an Hilfsbedürftige verteilt.

FOTO: ZVG / L'APRÈS M

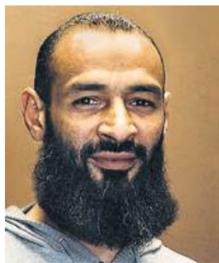
Nach dem McDonald's beginnt das Leben

Einmal den Soli-Burger, bitte!

Die Quartiers Nord von Marseille sind gebeutelt von sozialem Rassismus. Mittendrin haben sie einen McDonald's besetzt, dann übernommen, jetzt heisst er «L'Après M». work hat sich im Soli-Restaurant verköstigt.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Die ersten kommen schon morgens um fünf, um eine Notration Lebensmittel für ihre Familie zu holen. Achthundert Taschen stehen bereit. Der Monat geht dem Ende zu, das Haushaltsgeld auch, da ist der Andrang vor der blau-rosa gestrichenen Baracke besonders intensiv. Wir sind nicht in Gaza, Somalia oder Haiti. Sondern im ehemaligen McDonald's im 14. Bezirk von Marseille, der zweitgrössten Stadt Frankreichs.



KAMEL GUEMARI: «Hunger im Jahr 2024 ist ein Skandal.» FOTO: ZVG

Kamel Guemari hat 22 Jahre lang in diesem «McDo» gearbeitet. Der Gewerkschafter kann «niemals akzeptieren, dass Kinder morgens mit leerem Magen in die Schule müssen. Das stiehlt ihnen jede Zukunft.» Und überhaupt, «Hunger im Jahr 2024 in einem der reichsten Länder ist ein unfassbarer Skandal». Dass die Not der Marseiller Nordquartiere der Vernachlässigung ihrer Bevölkerungen und dem sozialen Rassismus geschuldet sind, sagt er nicht. Nicht sein Stil.

IHREN MCDO ÜBERNOMMEN

Guemari (42), ein grosser Mann mit langem, schwarzem Bart, ist im Quartier geboren, die Mutter musste ihre fünf Kinder allein durchbringen. Mit 15 lebte er auf der Strasse, irgendwer verhalf ihm zum Job beim Burgerbrater. Für miserablen Lohn, aber er wurde satt. Guemari lernte lesen und schreiben, holte sich in zahllosen Gewerkschaftskämpfen die politische Bildung. Und in den «Assos», Associations, den Vereinen, die Marseilles Nordquartiere durch Selbsthilfe und Solidarität am Leben

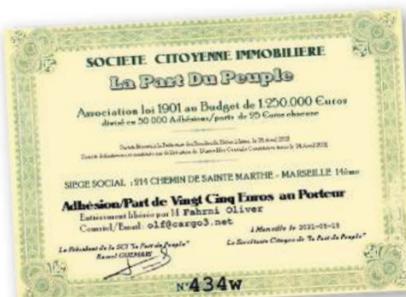
halten, gewann er die geschmeidige Eloquenz.

Anfang 2020, als sich die Covid-Massnahmen der Regierung bleiern über die Stadt legten, übernahmen Guemari und seine Kolleginnen kurzerhand ihren McDonald's mit Hilfe eines Gewerkschaftsbündnisses. Denn Ausgangsverbot und Krise hatten die Parallelökonomie in den Quartieren zum Erliegen gebracht. Ärzte und Krankenhäuser meldeten epidemische Zahlen unterernährter Kinder (und Frauen).

ZÜNDENDE IDEE

Einige Monate zuvor hatte McDonald's die Filiale Saint-Barthélemy zugemacht, um die wachsende gewerkschaftliche Organisation auszubremsen. Denn die Marseiller hatten mit Streiks und Besetzungen die Verdoppelung des Mindestlohnes, mehr Festanstellungen und etliche andere Fortschritte erzwungen. Zeitweise waren, ihrem Beispiel folgend, sämtliche 230 McDos im Süden Frankreichs besetzt. Für ihre Kämpfe hatten sich die Marseiller mit Gewerkschaften und Belegschaften bis in die USA verbündet. Der Plan der Aufständischen vom McDo Saint-Barthélemy war, den Betrieb wiederaufzunehmen, als «ersten sozialen Fastfood». Und daraus, Stein um Stein, eine Plattform für den Fortschritt zu bauen. Schwerpunkte: korrekte Arbeit, gesunde Ernährung für alle, Gleichstellung, ökologischer Umbau.

Es war eine Kampfansage an den US-Konzern. Freiwillige in grosser Zahl eilten herbei, Dutzende von Assos halfen, die ganze Stadt zu versorgen, Bauern schickten ihre Güter. In wenigen Tagen kam eine nie gesehene Lebensmittelverteilung in Gang. Der weltbekannte Drei-Sterne-Koch Gérald Passedat entwickelte eigens Burger-Rezepte. Tausende kauften sich für 25 Euro einen Anteilschein der Trägergesellschaft «La part du peuple» (meiner trägt die Nummer 434). Ausführlich gefeiert wurde auch mit Gratiskonzerten prominenter Musiker, Karneval usw. Um eine polizeiliche Räumung zu verhindern, kaufte die neue rot-grüne Stadtregierung Grund und Gebäude.



ANTEILSCHEIN 434: work-Autor Oliver Fahrni ist Teil der guten Sache in Marseille. FOTO: OLF

Wo früher der Schriftzug des Fast-food-Weltkonzerns prangte, steht jetzt «L'Après M», was die Aktivistinnen und Aktivistinnen so übersetzen: Nach dem McDo beginnt das Leben. In grossen Lettern ist auf das Flachdach gepinselt: «Nous» – Wir.

LECKER, SEHR LECKER

Höchste Zeit, Sternekokch Passedats Spezialrezept zu verköstigen. Es heisst OVNI, französisch für UFO, und sieht auch so aus. Eine braun gebackene Teigtasche in zwei Varianten, Fisch oder Fleisch. Preis 6,20 Euro. Man kann auch mehr bezahlen, dann essen Mittellose gratis. Die Idee wäre, sagt Riad, der als «Direktor» firmiert, mit gutem Essen das Geld für die anderen Projekte zu generieren. Die meisten, die hier arbeiten, haben früher selber Nahrungsmittelhilfe bezogen. Nun können sie sich ausbilden in Gastronomie, Logistik, oder Betriebsführung. An jenem Nachmittag sitzt nur wenig Kundschaft im «Après M». Inflation und die fortschreitende Verarmung der Nordquartiere drücken auf die Nachfrage, auch wenn ein simpler Bio-Burger um 2.20 zu haben ist. In einer Ecke gibt eine Lehrerin zwei Schülern Gratis-Nachhilfe. Guemari ist am Telefon mit den Kollegen einer besetzten Fabrik bei Florenz, mit Zürcher Aktivistinnen. Er strahlt Ruhe aus, umarmt neue Gäste, wirbelt aber für das «solidarische Dorf». Es muss in eine Gassenküche investiert werden. Lebensberatung und Rechtshilfe werkeln noch immer in einer provisorischen Baracke. Eine kleine Konservenfabrikation muss her... Und warum muss man der Stadt eigentlich Miete bezahlen? Das Projekt ist doch sozial nützlich. «Sandro, zieh die Schürze an!» Politik hat es noch nie geschätzt, wenn die Gesellschaft sich selbst hilft.

Und das UFO? Lecker, sehr lecker.

Informationen und Wege, dem Projekt zu helfen www.instagram.com/lapres.m www.facebook.com/lapres.m

Informationen und Wege, dem Projekt zu helfen www.instagram.com/lapres.m www.facebook.com/lapres.m



la suisse existe
Jean Ziegler

70 JAHRE ALGERISCHE REVOLUTION

Am 1. November 1954 begann die bewaffnete Nationale Befreiungsfront in Algerien ihren Kampf. Algeriens Ringen für die Unabhängigkeit hat eine lange Geschichte.

1830 gehen die französischen Truppen in Sidi Ferruch an Land. Unter der Leitung des ersten Gouverneurs, General Thomas Robert Bugeaud,

Unter Druck der Befreiungsbewegung willigt de Gaulle in die Friedensgespräche ein.

richten sie fürchterliche Massaker an Algerier, die Widerstand leisten, wur-

den in Höhlen eingeschlossen und ausgeräuchert. 25 000 starben

1848 wird Algerien zum französischen Territorium erklärt. Die Franzosen beginnen, Kolonialisten aus Frankreich, Spanien, Malta und Italien in Algerien anzusiedeln. Sie bekommen das beste Ackerland. Die Kolonialherren begehen zahlreiche Massaker und Kriegsverbrechen. In den ersten drei Jahrzehnten der französischen Eroberung kommen zwischen 500 000 und 1 Million Algerierinnen und Algerier durch Krieg, Massaker, Krankheiten und Hungersnöte ums Leben.

STERN. 1926 gründet eine Gruppe von Arbeitsmigranten um Messali Hadj in Frankreich den «Nordafrikanischen Stern». Die Vereinigung entwickelt sich zu einer politischen Partei, die einen kommunistischen Antiimperialismus verfolgt. 1929 verbietet die französische Regierung den «Nordafrikanischen Stern», er besteht jedoch im Untergrund weiter.

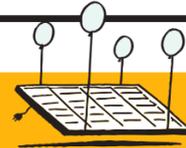
Am 8. Mai 1945 kommt es in Algerien zu Unruhen, 103 Siedler werden getötet. Daraufhin ermorden französische Truppen beim Massaker von Sétif, Guelma und Kherrata mindestens 6000 Algerier. Erst viele Jahre später, 2005, erkannte die französische Regierung die Verantwortung hierfür an.

PUTSCH. Am 1. November 1954 beginnt der algerische Befreiungskampf unter der Führung des «Front de libération nationale» (FLN).

500 000 französische Soldaten werden in Algerien eingesetzt. Während der Schlacht um Algier 1957 wenden die Besatzungstruppen systematisch die Folter an. Der Unabhängigkeitskämpfer und später erste algerische Staatspräsident, Ahmed Ben Bella, wird Opfer einer Flugzeugentführung und bleibt bis 1962 gefangen. Im Jahr 1958 putschen die französischen Generäle in Algier, um General Charles de Gaulle in Paris an die Macht zurückzubringen. Er soll Algerien bei Frankreich halten. Doch unter Druck der Befreiungsbewegung und der eigenen Bevölkerung willigt de Gaulle schliesslich in Friedensgespräche ein. Die Verhandlungen für die Unabhängigkeit finden in Evian am Genfersee statt. Sie sind erfolgreich. Ein weiterer Putschversuch der Generäle (diesmal gegen de Gaulle) scheitert. Das Referendum für die Unabhängigkeit in Algerien wird am 1. Juli 1962 mit 99,7 Prozent angenommen.

FREI. Ben Bella ist der erste algerische Präsident. Er verkündet einen «arabischen Sozialismus» und lässt eine sozialistische Verfassung ausarbeiten. In einem Land, das ruiniert ist durch den siebenjährigen Krieg, organisiert Ben Bella eine grosse Mobilisierung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Enteignung der Besitztümer der geflohenen Franzosen, die Nationalisierung des Erdöls, die Selbstverwaltung der Betriebe und die aktive Unterstützung der Befreiungsbewegungen – Algeriens Unabhängigkeit spielt bei der Entkolonialisierung Afrikas eine zentrale Rolle.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Revolutionäre Windräder: In der Lausitz gibt's schon bald Bendix-Eiffeltürme

Als erste Zeitung berichtete work über das Windkraftprojekt von Horst Bendix. Der deutsche Ingenieur ist inzwischen zwar verstorben, aber seine Nachfolger und Nachfolgerinnen machen vorwärts.

Wie funktioniert technischer Fortschritt? Welche Rolle spielt dabei der Staat? Machen wir uns auf die Spurensuche nach dem Motto: Konkretes ist Wahres.

Vor nicht einmal vier Jahren berichtete work über das sensationelle Projekt von Horst Bendix. Der deutsche Ingenieur, der inzwischen verstorben ist, versuchte dreissig Jahre lang, bis zu 400 Meter hohe Windräder zu entwickeln, um in diesen Höhen stärker und gleichmässiger wehende Höhenwinde zu ernten. Die Bausteine seiner revolutionären Idee:

Baustein 1: Die Naben der Windräder müssen sich neu in Höhen von 300 bis 400 Metern drehen. Weil hier konstant viel mehr Wind weht als bei bodennäheren Anlagen.

Baustein 2: Die Türme müssen nach dem Prinzip des französischen Ingenieurs Gustave Eiffel und seines Eiffelturmes erstellt werden: Stahlstreben werden verschraubt.

Baustein 3: Das Windrad wird auf eine Plattform gestellt, die sich mit und im Wind dreht.

Baustein 4: Die Generatoren befinden sich auf dieser bodennahen Plattform und werden von grossen Riemen angetrieben.

Die deutsche Bundesagentur für Sprunginnovationen nahm die Idee auf. Dann beauftragte eine Tochtergesellschaft das Ingenieurbüro Cicom mit der Überarbeitung der Idee und der Realisierung einer ersten Anlage. Diese wird bereits im nächsten Sommer in der Nähe der Stadt Görlitz in der Lausitz zu besichtigen sein.

Das Windrad Bendix 2.0 wird nicht auf drei Beinen stehen, sondern auf vier. Verwen-

Kopfstand bei den Windrädern: Schafft der 90 Jahre alte Horst Bendix die erste deutsche Sprunginnovation?

Der deutsche Ingenieur Horst Bendix war in der DDR eine grosse Nummer. Nach der Wende erlangte er sich neu und versucht seit Jahrzehnten, bis zu 400 Meter hohe Windräder zu entwickeln, um die in diesen Höhen stärker und weit gleichmässiger wehenden Höhenwinde zu ernten. Möglich dass er jetzt kurz vor dem Durchbruch steht.

Viele waren mit Titel und Inhalt der letzten Rubrik «Rosa Zukunft» gar nicht zufrieden. Wenn schon, hätte es heissen müssen, der TCS überhole den VCS im grünen Bereich. So lautet eine Kritik (Leserbrief Seite 19). Und auch das sei falsch, weil der VCS im Gegensatz zum TCS eben schwergewichtig nicht auf das Auto, sondern auf den öffentlichen Verkehr setze.

Über Titel kann man immer streiten. Trotzdem ist es ein

Fiat 500. Und einmal im Jahr – vielleicht zum Hochzeitstag – einen elektrisch angetriebenen Porsche Taycan. So weit zu Kritik, Selbstkritik und «Rosa Zukunft».

WIE DER EIFFELTURM. Horst Bendix ist 90 Jahre alt. In der DDR war der Ingenieur eine grosse Nummer. Nach der Implosion der DDR als Technik- und Forschungschef des Leipziger Schwermaschinenbauers Kirow ebenfalls. Seit 30 Jahren versucht er, bis zu 400 Meter hohe Windräder zu entwickeln, um die in diesen Höhen stärker und weit gleichmässiger wehenden Höhenwinde zu ernten. Das Resultat seiner Arbeiten stellt alles Bisherige auf den Kopf. **Kopfstand 1:** Nicht die Gondel dreht sich im Wind, sondern der ganze Turm. Und dies auf einem Fundament mit einem Radius von 25 Metern. **Kopfstand 2:** Der Turm ist nicht



DER MIT DEM WIND TANZT: Der deutsche Ingenieur Horst Bendix will mit einem revolutionären Windrad-Konzept hoch hinaus. FOTO: SPANLEHNS

WORK HAT DIE INNOVATION FRÜH ERKANNT: Vor knapp vier Jahren berichteten wir über die Windrad-Innovation von Horst Bendix, nächsten Sommer wird sie in die Tat umgesetzt. FOTO: WORK

det werden erprobte Generatoren und Windräder bestehender Bauart, also wird es auch keine drehende Plattform geben.

Trotzdem versprechen uns die Nachfolger und Nachfolgerinnen von Bendix viel Gutes:

Die 3,6-Megawatt-Anlage in der Lausitz, wo leider zurzeit zu viele Fremdenfeinde hausen, soll beweisen, dass man mit einem solchen Windrad fast doppelt so viel Strom produzieren kann als mit den bisherigen Bodenschleichern.

Im nächsten Schritt sind 6-Megawatt-Anlagen geplant. Dank Nabenhöhen von 300 Metern wären für sie praktisch alle Standorte in Deutschland gute Windstandorte. Ein Brummer dieser Generation Bendix 3.0 wird pro Jahr 30 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren. Und dies zu Spottpreisen von absehbar vier Rappen pro Kilowattstunde.

Nehmen wir an, die deutschen Ingenieurinnen und Ingenieure sind so gut wie ihr Ruf, dann wird sich noch einmal unglaublich viel verändern: Weil die Windräder mehr Strom im Winter als im Sommer produzieren. Und weil sie auch Strom in der dunkelsten Nacht liefern. Dies im Gegensatz zu Solarzellen.

STROM TROTZ DUNKELFLAUTE. Ein Schweizer Haushalt braucht pro Jahr im Durchschnitt 4500 Kilowattstunden Strom. In Zukunft wegen Wärmepumpen und Elektroautos vielleicht 6000 Kilowattstunden. Ein Windrad der Generation Bendix 3.0 würde so viel Strom produzieren, wie dann 5000 Haushalte und somit 12 000 Menschen verbrauchen.

Nur: Wie viele Gemeinden in der Schweiz werden von einem eigenen Eiffelturm träumen, sich für ein eigenes Höhenwindrad

begeistern lassen? Vermutlich nur wenige, weil wir ein etwas seltsames Verständnis von Natur haben. Windräder werden nicht als Bereicherung wahrgenommen. Noch nicht.

Spielt aber keine grosse Rolle, wenn wir auch künftig am europäischen Strommarkt partizipieren können. Wie auch immer.

In der letzten Oktoberwoche herrschte in Europa Dunkelflaute. Die Sonne versteckte sich hinter Wolken und Nebelbänken. Und der Wind blies auch nicht. Kann vorkommen! Also musste Deutschland 12 Millionen Kilowattstunden Strom importieren. Das hat dank dem europäischen Netzverbund reibungslos funktioniert.

Die Grande Dixence kann allein pro Stunde 2 Millionen Kilowattstunden produzieren. Am 28. Oktober 2025 stieg der Strompreis auf 80 Rappen pro Kilowattstunde. Die parastaatlichen Besitzenden der Stauseen machten Riesengewinne, da sie den Strom für 6 Rappen produzieren.

Es ist also nicht nur vom Schutz der Lohnabhängigen her mehr als sinnvoll, dass der Bundesrat im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit der EU über die Bilateralen 3 endlich den Forderungen der Gewerkschaften entgegenkommt. Sondern definitiv auch von der Stromversorgung her!

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/höhenwindrad

Dieses Video erklärt, wie technischer Fortschritt in der Lausitz funktioniert.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

**UNSER TRAUM:
EIN KLIMAFREUNDLICHER
FINANZPLATZ.**

GREENPEACE

Gemeinsam für nachhaltige Investitionen.
Jetzt aktiv werden: greenpeace.ch/dreampeace

Neues Buch über Elisabeth Joris, Pionierin der Frauengeschichte «Klein, aber selbstsicher, im Ledermini, knallrote Lippen»

Die Historikerin Elisabeth Joris prägte die Schweizer Frauengeschichtsschreibung wie keine andere. Ihren Traum, Geschichte zu studieren, konnte sie erst nach mehreren Umwegen verwirklichen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Unser feministischer TV-Star kam, sah und schmierte irgendetwas Unleserliches an die Tafel.» «Klein, aber selbstsicher kommt sie daher, mit roten Strümpfen, einem schwarzen Ledermini, knallroten Lippen und irgendwo ihre grüne, blaue oder rote Brille (Wo ist sie?).» So und ähnlich haben Schülerinnen und Schüler über ihre im Grunde sehr geschätzte Geschichtslehrerin Elisabeth Joris am Gymnasium Riesbach in Zürich geschrieben. Wie eine «Grundmelodie» habe sie das Unterrichten

Im erkatholischen Wallis spielte Scham eine prägende Rolle

nebst all der historischen Forschung begleitet, schreibt Autorin Denise Schmid in der neuen Biographie über die Pionierin der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Ähnlich unverkrampft und ehrlich wie diese Schülerinnen-Rückmeldungen sind viele Passagen im Buch. Und verknüpfen damit Joris' Leben mit ihrem feministischen Aktivismus, der auch und insbesondere in ihrer bahnbrechenden Frauenforschung Niederschlag fand.

KATHOLISCHES ERBE

Keuschheit und Scham spielten im erkatholischen Wallis ihrer Kindheit eine prägende Rolle. Zunächst ging es um unkeusche Kniestrümpfe, die von den Nonnen-Lehrerinnen nicht akzeptiert wurden. Oder um die Dreistheit, als Mädchen Hosen zu tragen. Später, in ihrer Studienzeit in Zürich, konnte sie sich von dieser Scham lösen, und liess sich bereits in den 1970ern die Pille verschreiben, um sorglos mit ihrem späteren Ehemann Peter Seiler anzubandeln. Zur Geburt ihres zweiten Kindes war dann sogar die ganze Wohngemeinschaft eingeladen. 1979 begann Joris, sich als Vertreterin der FBB (Frauenbefreiungsbewegung) für die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» zu engagieren. Sie hatte erlebt, was es heisst, nach nur sechs bis acht Wochen unbezahlter Mutterschaftspause wieder arbeiten zu müssen. An dem Tag, als sie das erste Mal wieder hätte unterrichten sollen, lag sie wegen einer Brustentzündung im Operationssaal.



UNANGEPASST: Elisabeth Joris ist Forscherin und Aktivistin und noch heute regelmässig an Demos. FOTO: ZVG

Elisabeth Joris kam 1946 in Visp zur Welt. Ihr Vater las eigentlich immer, wenn er nicht gerade in der Lonza-Fabrik als Chemiker arbeitete. Ihre Mutter war Hausfrau und tat häufig Dinge, die Elisabeth peinlich waren und die im konservativen Umfeld auffielen. So zog sie sich morgens jeweils einen bequemen Trainingsanzug an, dazu schicke Pantoletten mit Kork-Keilabsatz. «Keine andere Frau in Visp trug so etwas!» Doch der Mutter war das egal. Im Dorf sagten sie über die Familie: «DJorisjini sind gschit, aber nit agipasst.»

GELEBTE GESCHICHTE

Während ihre Brüder aufs Gymnasium gingen, blieb Elisabeth die Matura verwehrt. Stattdessen besuchte sie die Handelsschule. Später nahm sie eine Au-pair-Stelle in England an und wurde 1970 in Zürich trotz fehlender Matura zum Geschichtsstudium zugelassen. Wenig später wurde sie aktiv in der linken Gruppierung «Kritisches Oberwallis» und «bekam» deshalb eine Fiche. Ihre Lizentiatsarbeit schrieb sie über den sozialen Wandel im Oberwallis, erst viele Jahre später folgte die Doktorarbeit. Zur national und international bekannten Expertin für Frauengeschichte wurde Joris durch die Publikation des Buches «Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten

zur Situation der Frauen in der Schweiz», das sie 1986 zusammen mit Heidi Witzig publizierte. Es war das erste umfassende Werk zu diesem Thema.

Nebst zahlreichen weiteren Publikationen, zum Beispiel über die erotische Sprache im Tunnelbau (work berichtete: rebrand.ly/tunnelbau-erotisch), ihrer Arbeit als Lehrerin und der Betreuung zweier Kinder und mittlerweile Enkelkinder war und ist Joris in feministischen und progressiven Kreisen aktiv, bei den Klimaseniorinnen und auch als Gewerkschafterin. Sie habe wohl an mindestens 200 Kundgebungen und Demonstrationen teilgenommen und gehe immer noch regelmässig auf die Strasse.

Die neue Biographie räumt der Kindheit und Jugend von Elisabeth Joris viel Platz ein, auf Kosten ihres wissenschaftlichen Schaffens. Dafür zeigt die Biographie ein gelebtes Stück Schweizer Frauengeschichte.



Denise Schmid: **Elisabeth Joris. Ein Leben in Geschichte(n).** Hier und Jetzt, 312 Seiten, Fr. 39.–

Alternde Gesellschaft Was ist gute Pflege wert?

Schon nach wenigen Sätzen stellt die Journalistin Nora Meuli die entscheidende Frage: «Wie viel Zeit wollen wir den Pflegenden geben, um uns im hohen Alter zu betreuen – und wie viel darf das dann kosten?» Das Wirtschaftsmagazin «Trend» von Radio SRF widmet sich der Nachfrage nach Pflegeplätzen, die in den kommenden Jahren stark steigen wird. Das ist hörensenswert, weil Meuli und ihr Kollege Damian Rast etwas nie vergessen: Das Thema geht uns früher oder später alle an. Und weil sie neben einer Vertreterin der Heime auch angehende Pflegenden und eine Unia-Sekretärin zu Wort kommen lassen.

rebrand.ly/pflege-trend

Landesstreik Ruhm oder Schande?

Im November 1918 kam es zum ersten und bisher letzten schweizerweiten Generalstreik. Das Ereignis polarisierte nachhaltig. Noch Jahrzehnte später war die politische Kultur geprägt von dieser traumatischen Klassenkonfrontation. Mit einer nüchternen und quellenbasierten Aufarbeitung begann die Geschichtswissenschaft

erst in den 1960er Jahren. Jetzt hat der Historiker Daniel Artho ein Buch veröffentlicht, in dem er die mannigfachen politischen Instrumentalisierungen dieses Jahrhundertereignisses untersucht. Dabei identifiziert er die Deutungsmuster und Wendepunkte, die die Erinnerungskultur des Landesstreiks besonders geprägt haben.

Buchvernissage, Donnerstag, 5. Dezember, 18 Uhr, Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstrasse 12, Zürich. Mit Apéro.

Podiumsdiskussion Das dreckige Palmöl-Geschäft

Die globale Palmölproduktion zerstört Regenwälder, bedroht die Artenvielfalt und verschärft soziale Ungleichheiten. Wie kann dieser Sektor nachhaltiger und fairer gestaltet werden? Internationale Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Umweltorganisationen und NGO aus Indonesien, der Schweiz und Deutschland treffen sich in Bern. Gemeinsam diskutieren sie, wie eine sozialökologische Transformation der Palmölindustrie gelingen kann – im Fokus steht die Just Transition: faire Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und umweltschonende Anbaumethoden. Ein Diskussionsabend für alle, die sich für soziale Gerechtigkeit und den Klimaschutz starkmachen wollen.

Just-Transition-Konferenz: 3. Dezember, 17.30 Uhr, Unia-Zentrale in Bern, Weltpoststrasse 20. Inputs auf deutsch gehalten, Podiumsdiskussion im zweiten Teil auf englisch.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



DIE TIEFE BESTEUERUNG VON REICHEN: NICHT NUR UNGERECHT, SONDERN AUCH VERFASSUNGSWIDRIG

Reiche und sehr reiche Unternehmerfamilien zahlen in der Schweiz immer weniger Steuern und Abgaben, da die Steuersätze für Unternehmen und wohlhabende Personen in den letzten Jahrzehnten gesunken sind. Die Ökonomin Isabel Martinez hat in ihrer Studie ausgerechnet, wie viel Steuern und Abgaben eine Multimillionärsfamilie im Kanton Zug (Baar) und der Milliardär und Roche-Erbe Duschmalé pro Jahr in Basel berappen müssen. Dabei hat sie neben der Einkommens- und der Vermögenssteuer auch alle Sozialabgaben, also AHV, BVG und Krankenkassenprämien, berücksichtigt.

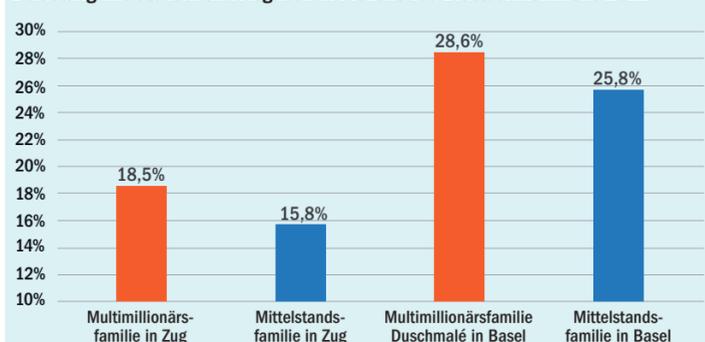
MITTELSTAND ZAHLT MEHR. Die Millionärsfamilie in Baar besitzt ein Vermögen von 88 Millionen und hat ein jährliches Einkommen von 6,3 Millionen. Unter Einbezug der Unternehmenssteuern müsste diese Familie 27,3 Prozent ihres Bruttoeinkommens an Steuern und Abgaben zahlen. Wenn sie ihr Vermögen über eine Beteiligungsgesellschaft verwaltet, was

üblich und legal ist, sind das sogar nur 18,5 Prozent. Beim Roche-Erben Duschmalé schätzt Martinez das Vermögen auf 1,4 Milliarden und das jährliche Einkommen auf 45 Millionen. Im Kanton Basel-Stadt, der höhere Steuersätze anwendet als Zug, müsste Duschmalé unter Verwendung einer Beteiligungsgesellschaft 28,6 Prozent an Steuern und Abgaben zahlen. Vergleichen wir das mit einer Familie des oberen Mittelstands mit 200 000 Franken Brutto-Jahreseinkommen und 100 000 Franken Vermögen, in der beide Elternteile arbeiten: Im Kanton Zug müsste diese Familie total 15,8 Prozent ihres Einkommens an Steuern und Abgaben berappen, in Basel-Stadt 25,8 Prozent.

VERFASSUNGSWIDRIG. Eine Multimillionärsfamilie im Kanton Zug, die ihr Vermögen mittels Beteiligungsgesellschaft verwaltet, bezahlt also nur wenige Steuerprozent mehr als eine Mittelstandsfamilie im gleichen Kanton. Und eine Mittelstandsfamilie in

Reiche zahlen kaum Steuern

Belastung mit Steuern und Abgaben in Prozent des Bruttoeinkommens 2022



QUELLEN: ISABEL Z. MARTINEZ: STEUERBELASTUNG DER REICHEN IN DER SCHWEIZ. EINE VERGLEICHENDE ANALYSE AUFGRUND VERSCHIEDENER MODELLRECHNUNGEN. ZÜRICH ETHZ 2024. EidG. STEUERVERWALTUNG ESTV: STEUERBELASTUNGSSTATISTIK.

Basel-Stadt wird mit viel mehr Steuerprozent belastet als Multimillionäre im Kanton Zug. Selbst der Milliardär Duschmalé zahlt prozentual kaum mehr Steuern als die Mittelstandsfamilie in Basel-Stadt. Ein solches Steuersystem ist nicht

nur ungerecht, sondern auch verfassungswidrig. Die Verfassung schreibt eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit vor. Das ist in der Schweiz nicht mehr der Fall.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr
Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Rente reicht nicht zum Leben: Wie kann ich sie aufbessern?

Ich wurde kürzlich ordentlich pensioniert und muss leider feststellen, dass meine AHV- und die Pensionskassenrente nur knapp zum Leben reichen: Ich hatte nie einen hohen Lohn und habe immer nur Teilzeit gearbeitet. Da es mir gesundheitlich noch gut geht, möchte ich mir zusätzlich zur Rente eine Arbeit suchen. Ist es möglich, damit meine spätere AHV-Rente aufzubessern?

MYRIAM MUFF: Ja. Wenn Sie nach der ordentlichen Pensionierung weiterarbeiten und ein Einkommen haben, auf dem AHV-Beiträge erhoben werden, können Sie einmal eine Neuberechnung Ihrer Altersrente verlangen. Auf diese Weise können Sie eine Erhöhung Ihrer Rente



WEITERBÜZEN: Wer nach Erreichen des Pensionsalters noch arbeitet, kann damit seine Rente aufbessern. FOTO: ISTOCK

erreichen. Berücksichtigt werden aber nur die beitragspflichtigen Erwerbseinkommen zwischen dem Folgemonat des ordentlichen Pensionsalters und dem Monat des 70. Altersjahrs (bzw. bis fünf Jahre nach Erreichen des entsprechenden Rentenalters für bis zum 31. Dezember 1963 geborene Frauen, deren Rentenalter im Rahmen der Reform AHV 21 schrittweise vom Rentenalter 64 auf 65 erhöht wird). Wichtig ist dabei auch der geltende Freibetrag von monatlich 1400 Franken (16.800 Franken jährlich): Erwerbseinkommen bis zu diesem Betrag sind nicht AHV-beitragspflichtig. Neu seit dem 1. Januar 2024 können die betroffenen Personen jedoch wählen, ob sie von diesem Freibetrag Gebrauch machen oder nicht. Für Sie heisst dies: Verzichten Sie darauf, zahlen Sie mehr AHV-Beiträge ein, was sich später auf Ihre AHV-Rente positiv auswirkt. Wichtig zu wissen: Der Antrag auf Neuberechnung wirkt sich nur auf die künftige Rentenzahlung aus und ist nicht rückwirkend möglich.

Wie muss ich genau für eine solche Neuberechnung vorgehen?

MYRIAM MUFF: Für die Neuberechnung müssen Sie das Anmeldeformular 318.383 «Antrag für eine Neuberechnung der Altersrente nach dem Referenzalter» ausfüllen, das Sie hier finden: rebrand.ly/ahv-leistungen. Dieses Formular müssen Sie bei der Ausgleichskasse und ihren Zweigstellen oder über die Website ahv-iv.ch einreichen. Den Zeitpunkt für die Neuberechnung können Sie frei wählen. Da die Neuberechnung nur einmal gemacht werden kann, sollten Sie sich überlegen, wie lange Sie nach der Pensionierung weiterarbeiten möchten. Da sich die Neuberechnung nur auf künftige Rentenzahlung auswirkt und nur der Zeitraum von maximal 5 Jahren nach Ihrer ordentlichen Pensionierung berücksichtigt wird, sollten Sie mit dem Antrag auf eine Neuberechnung nicht länger warten. Selbstverständlich können Sie aber früher mit Arbeiten aufhören und den Antrag dann einreichen. Rechnen Sie eine gewisse Bearbeitungszeit ein, und stellen Sie den Antrag drei bis vier Monate vor dem gewünschten Zeitpunkt der Neuberechnung.

Das Movendo-Kursprogramm 2025 ist da: work hat einige spannende Angebote für Sie herausgesucht

Kurse für jede Lebenslage

Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, bietet das ganze Jahr über verschiedenste Weiterbildungen und Kurse an. work stöberte schon mal durch das Programm für das Jahr 2025 und hat ein paar Tipps für Sie.

MARIA KÜNZLI

FÜR FRAUEN. Übergriffe, Aggression, Beleidigung: Die meisten Frauen haben das schon erlebt – und kennen die Ohnmacht, die eine angemessene Reaktion im Keim ersticken kann. Im zweitägigen Kurs «Selbstschutz und Intervention im öffentlichen Raum» lernen Frauen, wie sie auf Übergriffe im beruflichen und gewerkschaftlichen Umfeld reagieren können. Wie lassen sich bedrohliche Situationen meistern, ohne dass man sich dabei selbst gefährdet? Es werden ausserdem Konflikttheorien vorgestellt, und die Kursteilnehmerinnen können üben, im Ernstfall richtig zu handeln.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-selbstschutz

Älter zu werden ist nicht lustig: Schweissausbrüche im dümmsten Moment und Stimmungsschwankungen sind nur zwei von vielen Beschwerden, die Wechseljahre mit sich bringen können. Viele Frauen haben Hemmungen, über die Wechseljahre zu sprechen. Damit ist jetzt Schluss! Im Kurs «Fit durch die Wechseljahre», der 2025 erstmals stattfindet, wird über das Tabu gesprochen. Während zweier Tage lernen Frauen über vierzig, ihren Körper besser zu verstehen, die körperlichen und mentalen Veränderungen zu erkennen und positiv zu unterstützen.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-wechseljahre

FÜR JUNGE. Sie möchten politisch aktiv werden, wissen aber nicht recht, wie? Der eintägige Kurs «Politik verstehen: Einstieg für junge Menschen» richtet sich an Personen bis 35 Jahre, die das politische System der Schweiz kennenlernen möchten. Von der SP-Nationalrätin Tamara Funciello und dem Soziologen Florian Vock erfahren die Teilnehmenden, wie sie sich politisch einbringen können, indem sie die demokratischen In-

strumente und Möglichkeiten zur politischen Beteiligung kennenlernen.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-politik-verstehen

Für sich einsteigen, sich beim Mitarbeitengespräch gut verkaufen und vielleicht sogar eine Lohnerhöhung aushandeln: Das ist nicht einfach, schon gar nicht für junge Menschen mit wenig Berufserfahrung. Der zweitägige Kurs «Vorbereitung auf das Mitarbeitengespräch und Lohnverhandlungen» bringt ihnen bei, wie sie den eigenen Wert für das Unternehmen erkennen und vermitteln können, wie sie sich im Gespräch für ihre Anliegen einsetzen und argumentativ überzeugen können.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-lohnverhandlung

FÜR ALTE. Wenn die Chefin, der Chef oder die Mehrheit im Team wesentlich jünger sind als Sie selbst, ist es Zeit sich einzugestehen: Sie werden alt – auch wenn die Pensionierung noch nicht gerade vor der Tür steht. Vielleicht merken Sie auch, dass Ihre Energie langsam abnimmt, während der Job gleich stressig bleibt wie eh und je. Der Kurs «Älter werden im Beruf» richtet sich an Berufstätige um die fünfzig Jahre. Die Kursleiterin hilft Ihnen, eine Standortbestimmung vorzunehmen und allfällige Veränderungen zu planen.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-älter-werden

Sie halten MS Office für eine Flugsellschaft? Es ist nie zu spät, sich computertechnisch fitzumachen. Im Kurs «PC-Einsteigerkurs für Senior:innen» lernen Sie ohne Zeitdruck, Texte und Mails am Computer zu schreiben und im Internet zu surfen.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-pc-senioren

FÜR JEDE UND JEDEN: Das Kursangebot von Movendo hat für alle etwas dabei.

FOTO: GETTY IMAGES



WORKTIPP

VIELE WEGE FÜHREN ZUM KURS

Das Kursprogramm ist online unter movendo.ch zu finden. Anmeldungen sind online möglich, per Mail (info@movendo.ch) oder telefonisch (Tel. 031 370 00 70). Anmeldeabschluss ist jeweils vier Wochen vor Kursbeginn. Kurzfristige Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn noch freie Plätze vorhanden sind. Nach der Anmeldung erhalten Sie eine Bestätigung mit den wichtigsten Infos, insbesondere der Kostenklärung. Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer erhalten nach der Veranstaltung eine persönliche Teilnahmebestätigung.

Witzig, denken Sie jetzt: eine elektronische Anmeldung für einen Kurs, dessen Zielpublikum Menschen sind, die mit Computern nichts am Hut haben? So gemein ist Movendo nicht: Sie können sich natürlich auch telefonisch anmelden und über das Programm informieren: Tel. 031 370 00 70.

FÜRS GEMÜT. Sich von und bei der Arbeit ständig gestresst zu fühlen ist ungesund und kann im schlimmsten Fall zu einer Erschöpfungsdepression führen. Damit es nicht so weit kommt, lernen die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer im zweitägigen Kurs «Selbstfürsorge und Stressbewältigung in Beruf und Alltag», Warnsignale zu erkennen und mit Hilfe psychologischer Methoden gelassener mit Stress umzugehen.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-selbstfürsorge

Vor Menschen zu sprechen ist für viele ein Graus: Schweissausbrüche während eines Auftritts und Lampenfieber kennen auch gestandene Bühnenteiler. Doch Auftrittskompetenz ist lernbar – zum

Angebote für Sie herausgesucht

KOSTENÜBERNAHME WARUM MOVENDO?

Weiterbildungen sind schön und gut, aber saumässig teuer? Ja, aber als Unia-Mitglied haben Sie ein Anrecht auf einen bezahlten Movendo-Kurs pro Jahr. Und falls Sie innerhalb eines Jahres mehrere Kurse besuchen möchten, gilt für Unia-Mitglieder ein vergünstigter Tarif. Ob die Kosten übernommen werden, entscheidet die Unia. Mit Ihrer Anmeldung klärt Movendo die Kostenfrage mit der Gewerkschaft ab und informiert Sie, zu welchen Konditionen Sie an der Weiterbildung teilnehmen können.

WEBINARE. Auf movendo.ch werden auch immer wieder Angebote für Gratis-Webinare aufgeschaltet. Diese interaktiven Online-Workshops greifen aktuelle Themen auf, dauern zwischen einer und vier Stunden und werden von erfahrenen Fachpersonen durchgeführt. Aktuell im Januar 2025: «Plattformökonomie und Palmöl: In internationalen Netzwerken denken und kämpfen». Das Webinar beschäftigt sich mit Gewerkschaften international. Im Januar stehen Netzwerke in Asien im Mittelpunkt: Wie arbeiten Gewerkschaften mit Landrechts- und Umweltorganisationen zusammen im Palmölsektor? Wie vernetzt sich der informelle Sektor regional, um der Macht Plattformökonomie etwas entgegenzusetzen? Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-palmöl. (mk)

Beispiel im Kurs «Selbstsicheres Auftreten». Während zweier Tage lernen Sie spielerisch und lustvoll, Unsicherheiten zu überwinden, und erhalten wertvolle Tipps vom Profi. Und falls Ihnen schon der Gedanke an einen solchen Kurs Schweissperlen auf die Stirn treibt: genau für Sie ist diese Veranstaltung, nur Mut!

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-mathematik

KI ist in aller Munde – für die einen wirkt sie bedrohlich, für die anderen ist es bereits eine Unterstützung im Alltag. Falls Sie zu ersten gehören möchten, ist der Kurs «Erste Schritte in die Welt der künstlichen Intelligenz» etwas für Sie. Während zweier Tage lernen Sie die theoretischen Grundlagen kennen und probieren die verschiedenen Technologien in der Praxis aus.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-ki

Sie achten

eine vertrauenswürdige Organisation? Falls dem so ist, sind die Qualitätskriterien ausführlich beschrieben, und es werden Angaben darüber gemacht, wie

Das Impressum sollte vollständig und leicht zu finden sein.

und wie oft die Organisation überprüft, ob die Anbieter die Kriterien erfüllen.

DIE INTERNETADRESSE. Beginnt die Internetadresse des Shops mit <https://>, ist das schon ein gutes Zeichen. Doch sehen Sie sich die Adresse genau an: Heisst sie wirklich <https://www.beispiel-shop.ch> oder doch <http://www.beispiel-shop.ch>? Viele betrügerische Shops versuchen seriöse möglichst genau zu kopieren. Achten Sie auch auf das Schlosssymbol neben dem https im Browser: Fehlt das Schlosssymbol, ist der Shop ziemlich sicher unseriös.

RÜCKGABEBEDINGUNGEN. Lesen Sie unbedingt die Rückgabebedingungen, bevor Sie bestellen! Sind sie nicht transparent und kundenfreundlich, lassen Sie die Finger davon.

DIE ZAHLUNGSOPTIONEN. Ein seriöser Shop gibt Ihnen die Möglichkeit, per Rechnung oder Kreditkarte zu bezahlen. Ist als Zahlung nur die Sofortüberweisung möglich, handelt es sich vermutlich um eine betrügerische Seite. Denn auf diese Weise können Sie den Geldtransfer kaum mehr stoppen, wenn Sie den Betrug bemerkt haben.

Und Marianne Marazzi? Sie hat aus dem Ärger gelernt und ist schliesslich auf dem regionalen Handwerkermarkt fündig geworden.

BEI BETRUG HANDELN SIE SCHNELL!

Sie haben Geld an einen Fake-Shop überwiesen? Kontaktieren Sie sofort Ihre Bank und stoppen Sie die Überweisung. Bewahren Sie alle Belege der Bestellung auf: Mails, Bestellbestätigung, Kaufvertrag, und machen Sie einen Screenshot der Seite. Es handelt sich um Betrug, und diesen können Sie bei der Polizei zur Anzeige bringen. Stossen Sie auf eine Website, die Ihnen betrügerisch vorkommt, melden Sie sie dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCS): report.nsc.admin.ch.

Geschenke anders verpacken Besser als Papier!

Sie möchten die Geschenkpapierflut rund um den Weihnachtsbaum dieses Jahr umgehen? work stellt kreative Alternativen vor.

Ein Geschenk auszupacken macht Spass. Doch es gibt nachhaltigere Verpackungsmethoden als Geschenkpapier, das wegen seiner Beschichtung nicht ins Altpapier gehört. Zum Beispiel Geschenkschachteln aus Karton: Es gibt sie in allen Farben und Grössen, sie sind immer schön in Form – und können als Aufbewahrungsboxen verwendet werden. Sie können sich auch im Bastelshop eine neutrale Box kaufen und diese speziell für die Beschenke oder den Beschenkten dekorieren und bekleben.

Eine schöne Möglichkeit bei mehrteiligen Geschenken: Lassen Sie eines der Geschenke selbst die Verpackung sein. Wickeln Sie die Kerzen in Tischsets ein und binden Sie ein Stoffband darum. Oder stecken Sie die Geschenknötl in die selbstgestrickten Socken.

TECHNIKAUS JAPAN. Sie können das Geschenk auch mit der japanischen Furoshiki-Methode in ein schönes Tuch oder ein Stück Stoff wickeln. Anleitungen dazu gibt es jede Menge auf Youtube. Soll's doch Papier sein, geben Sie der work-Zeitung ein zweites Leben. Dekoriert mit Tannenzweigen, gibt das ordentlich was her. (mk)



WEIHNACHTSGESCHENKE AUS DEM INTERNET: Shopping am Computer ist praktisch, birgt aber auch einige Gefahren. FOTO: DREAMSTIME

workrätzel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 13
Das Lösungswort lautete: **UNTERSTÜTZUNG**



DEN PREIS, ein Apple iPad von Wagner AG, hat gewonnen: **Claudia Seewer, Thun.**
Herzlichen Glückwunsch!

Nukleus, Zyto-blast	Samen zum Säen	dünne Omelette	hölzerner Kasten	3. Person von haben (Präs.)	sauerl. Tessiner Frischkäse	span. Ausruf	Die Zeit ... alle Wunden.	Vater u. Mutter	Elend, Bedrängnis	Gegend am Hallwilersee	dt. Vorsilbe
Teil des Hauses					Gerlafingen muss weiter ...!					Nachfolgerin der EG	
ital. Tonbez. für das A		Buch der Bibel	Teile des Fells			alltätiglich, nichtsagend	Wassertiefe messen				
SGB-Chef-ökonom (Daniel)					Bündnis	Teil des Laubbaums				an dieser Sache	Ort des Geschehens
			Wasserstands-messer	Verbrechen			Wundabsonderung		sächl. Artikel		
Anteilschein	negat. elektr. Teilchen		musik.: leise			aus diesem Grund	Entgegen-nahme, Empfang				
Einfassung					kleines Ge-wässer	Rich-tungs-angabe				besorgen, her-bringen	ein Ganzes bildend
			schweiz. Autorin (Eveline)	End-summe			geschäf-tiges Ge-wimmel	Gegen Immo-bilien-...			
Mutter Marias	epische Werke	Trocken-gras fürs Vieh auf-bereiten				lachen-der Ausruf	fach-kundig, virtuos				
eh. schweiz. Zirkus				zurück-haltend, ängst-lich	Sänger v. Patent Ochsnern			US-Com-puter-pionier (Bill)		Abk.: Tisch-tennis	
			dt. Kaba-rettistin (Lisa)	peinl. Verle-genheit			Kopf-schutz d. Zweirad-fahrer	eingedickter Frucht-saft			
Verhältniswort	Kraftaus-druck				Berner Eisho-keyclub	men-schen-freundlich				verwe-sender Tier-körper	Berg in Grau-bünden: Plz ...
Solo-stück in der Oper				israel. Autor † 2018 (Amos)	Bank-schlies-sfächer			auf diese Weise, derart		lang-schwän-ziger Papagei	
inneres Organ	soz. Legen-de des Mit-tellandes (Walter)					Biblio-theks-raum					
			ge-schlos-sen		ohne Holzge-wächse					Schweiz. Leicht-athletik-verband	

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: **verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss 12. Dezember 2024

INSERAT



**Für faire Arbeitszeiten
im Gebäudehüllen-Gewerbe**

UNIA

Wir wollen Beruf und Privatleben im Gebäudehüllenge-werbe besser vereinbaren. Das stärkt die Branche und sichert Fachkräfte. Deine Teilnahme an unserer Umfra-ge ist wichtig: **So verstehen wir die Bedürfnisse von Arbeitnehmenden und Betrieben und können ge-zielte Massnahmen entwickeln.**

**Jetzt Umfrage
ausfüllen!**

www.teilzeitbau-gebäudehülle.ch/ma-d



WORKLESERFOTO



Oben blau, unten grau

WANN 10. November 2024
WO Auf der Lueg in Affoltern im Emmental BE
WAS Spiel mit dem Nebel
 Eingesandt von Denise Borer, Moosseedorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 13 / 7. 11. 2024: BÜEZER UND BÜEZERINNEN WERDEN AUSQUARTIERT

Bezahlbarer Wohnraum!

Ich bin erst seit einigen Monaten Unia-Mitglied, lese Ihre Zeitung sehr gerne und freue mich jeweils darauf. In der letzten Ausgabe fand ich den obengenannten Artikel, der mich sehr berührt hat. Bei uns in Winterthur sieht es aktuell ähnlich aus. Unser Haus sollte 2025 abgerissen werden, mit Betonung auf «sollte». Denn der Termin wurde schon sehr oft verschoben. Es wohnen hauptsächlich Büezerinnen, IV-Rentner, Ausländerinnen oder Sozialhilfeempfänger hier. Die Nachbarn sind bis auf wenige Ausnahmen alle sehr freundlich und hilfsbereit. Die Verwaltung Terresta (ehemals Stefanini) genießt in Winterthur keinen guten Ruf, denn es wurde jahrzehntelang nichts unternommen, um die Liegenschaften in gutem Zustand zu erhalten. Viele Reparaturen und Verbesserungen sowie die Reinigung der Treppenhäuser werden von den Mieterinnen selbst

übernommen. Und das ohne Entgelt, logischerweise! Die «neue» Siedlung soll in zwei Jahren gebaut sein, es werden alte Bäume und Sträucher weichen müssen, ebenso wird es keine Parkplätze mehr geben, nur noch Velo-Unterstände. Die meisten Büezer sind aber auf ein Auto angewiesen... Und die Mieten werden bestimmt nicht weniger hoch sein als jetzt. Ich finde es unter aller Kanone, dass diese Vorgehensweise immer häufiger vorkommt, zumal gewisse Liegenschaften gar nicht so kaputt sind. Klar sind «sanfte» Renovationen auch nicht lärm- und staubfrei durchzuführen, aber es ginge mancherorts bestimmt auch so. Unser Haus hat sein Verfallsdatum jedoch schon längst überschritten, ausserdem wimmelt es von Schimmel, Asbest und anderen Schadstoffen, von denen wir lieber nichts wissen wollen! Interessanterweise erhalten die neuen Nachbarn teils neue Kochherde, Kühlschränke usw., während bei uns alles vor sich hinrostet und der Putz von Wänden und Decken abfällt... Mein Partner ist übrigens ein Schwamendinger, aber nachdem auch wir mitbekommen haben, dass es dort

keine bezahlbaren Wohnungen gibt, kann ich seinen Wunsch, wieder in seine Heimat zu ziehen, leider nicht erfüllen. Das ist sehr schade, denn es gibt sehr schöne Quartiere in «Schwami».

LISA WÜTHRICH, WINTERTHUR

WORK 10 / 5. 9. 2024: AUFRUF DER UNIA-PRÄSIDENTIN ZUR LOHNDEMO

Wir sind nicht Arbeitnehmer

Liebe Vania, vielen solidarisch-herzlichen Dank für deinen Aufruf zur Lohndemo! Alles, was du darin sagst, stimmt und weist darauf hin, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die einen besitzen und die anderen nicht viel mehr haben, als was sie zum Leben brauchen. Was mich begeistert, ist deine Aussage: «Im Unterschied zu den Abzockermanagern wird uns Lohnabhängigen nichts geschenkt.» Wieso mich diese Aussage besonders freut, ist der Begriff Lohnabhängige. Der Grossteil der Bevölkerung ist tatsächlich von seinem Lohn abhängig, und dies auf Gedeih und Verderben! In unserer Gesellschaft ist es gang und gäbe, dass die Arbeiter beschönigend und falsch als Arbeitnehmer bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist deshalb falsch, weil es sich nicht so verhält, dass die Arbeiter von den Fabrikbesitzern Arbeit erhalten, sondern dass es sich genau umgekehrt verhält, dass nämlich die Arbeiter ihre Arbeitskraft den Fabrikbesitzern geben. Die Herrschenden in einer Gesellschaft legen grossen Wert darauf, Tatsachen zu verschleiern und sie begrifflich akzeptabel zu machen. Daher reden sie von Sozialpartnerschaft, Arbeitsfrieden

und eben auch von Arbeitnehmern. Und sie bezeichnen sich als Arbeitgeber. Die Kapitalisten wollen die Realität verfälscht darstellen, in dem sie sich als gönnerhafte Wohltäter und die Arbeiter als freudige Nehmer der Entschädigung für ihre Arbeitsleistung bezeichnen. Diese begriffliche Verfälschung passiert nicht zufällig, sondern, um die Arbeiterschaft in eine genügsame und dankbare Rolle zu drängen, die mit den «geschenkten» Brosamen zufrieden sein soll. So wird es schwierig bleiben, uns in absehbarer Zeit eine soziale, ökologische und solidarische Welt zu erkämpfen, die wir dringendst nötig hätten.

BENI GNOS, PER E-MAIL

WORKZEITUNG.CH / 22. 11. 2024: BÜNDNER EX-RICHTER VERURTEILT

Aufhören!

Das Schlimmste an diesem Fall finde ich, dass ich die gleiche Erfahrung vor fast 30 Jahren gemacht habe und genau diese beiden Sprüche der Richter und Anwälte zu hören bekam. Es kann ja nicht sein, dass man den Opfern nicht glaubt. Ich wurde damals sogar beschuldigt, dass ich die Vergewaltigung nur gemeldet hätte, weil ich es bereut hätte, den Täter verführt zu haben. Das muss aufhören!

TUNDERFEE, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbriefe.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Für Bauarbeiter **Luis Filipe da Silva Faria** (38) steht Qualität vor Quantität

«Ich schaffe, um zu leben, nicht umgekehrt!»

Mit 18 Jahren kam Luis Filipe da Silva Faria in die Schweiz. Um auf dem Bau ein paar Jahre Geld zu verdienen. Jetzt ist er schon sein halbes Leben hier, doch bald möchte er mit seiner Familie definitiv zurück nach Portugal.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS STEFAN BOHRER

Die Baustelle in einem Wohnquartier von Aesch BL versinkt an diesem Novemberabend im Schnee. Die Konturen des Rohbaus aus Beton sind in der Dunkelheit nur noch knapp erkennbar. Im Innern des Baucontainers das Kontrastprogramm: Neonlicht und ein Elektroofen, der die Kälte aus den Knochen treibt. Luis Filipe da Silva Faria (38) offeriert einen Kaffee und sagt: «Keine Ahnung, wie wir morgen früh arbeiten sollen, bei dem Schnee brauchen wir den halben Tag, um die Baustelle freizuschaukeln.» Aber er und sein Team müssen am nächsten Morgen auf jeden Fall wieder paratstehen. Dann entscheide der Bauführer, wie es weitergehe.

IN 20 JAHREN ZUM VORARBEITER. Die vier Arbeitskollegen von da Silva haben bereits Feierabend, nur noch ihre orangen Arbeitskleider hängen in der Baracke. Auf dem Tisch liegen die Baupläne des Mehrfamilienhauses, das im Herbst 2025 bezugsbereit sein soll. Da Silva sagt: «Ich zeichne Pläne, vermesse die Baustelle mit dem Taxymeter und organisiere die Arbeit meiner Kollegen.» Seinen Beruf als Vorarbeiter hat der gebürtige Portugiese in den letzten zwanzig Jahren auf verschiedenen Baustellen gelernt. Als da Silva in die Schweiz kam, begann er als ungelernter Arbeiter auf dem Bau. Er sagt: «Es gab für mich wenig andere Optionen, denn ich konnte kaum Deutsch sprechen.»

GROSSBAUSTELLEN. Nach seinen ersten Jobs fand da Silva eine Festanstellung bei Implenla. Während zwölf Jahren arbeitete er für den Konzern auf Grossbaustellen. Auch wenn der Arbeitsalltag dort oft stressiger gewesen sei, möchte da Silva in Zukunft wieder für eine der Grossfirmen Implenla, Frutiger oder die Marti AG arbeiten. Da Silva sagt: «Kleine Bauunternehmen sind meistens weniger gut organisiert, und es dauert länger, bis Baumaterialien oder Werkzeuge aus dem Magazin geliefert werden.» Dann gebe es trotzdem Stress, auch wenn in der Planung eigentlich genügend Zeit vorgesehen war.

Da Silva wäre gerne bei Implenla geblieben, aber nach dem Hochhausbau in Pratteln BL gab es kein Projekt mehr in der Nähe von Basel. Er akzeptierte einen Job im Kanton Luzern. Für den Arbeitsweg mit dem Auto brauchte da Silva pro Tag drei Stunden oder mehr. Keine guten Voraussetzungen für das Familienleben. Vor einem Jahr begann er deshalb bei der

Solothurner Baufirma Albin Borer, für die er jetzt wieder in der Agglomeration von Basel arbeiten kann.

SICHERHEITSREGELN. Stress und zu wenig Personal sind für da Silva die grössten Probleme in seiner Branche: «Für die gleichen Arbeiten werden immer weniger Leute eingeplant, und gleichzeitig gibt es immer mehr Sicherheitsregeln und Kontrollen der Suva.» Zum Beispiel müssten sie ab dem neuen Jahr auch bei Deckenschalungen schon ab zwei Metern Höhe Absturzsicherungen montieren. Das sei ein zusätzlicher Zeitaufwand, der in der Planung oft nicht berücksichtigt werde. Da Silva sagt: «Wenn wir mehr Zeit haben, können wir auch bessere Arbeit machen, und wenn schlechte Arbeit nachträglich korrigiert werden muss, kann das sehr hohe Folgekosten haben.» Für ihn müsste die Qualität generell vor der Quantität kommen.

GEWERKSCHAFTSMITGLIED. Aus diesem Grund ist da Silva auch bei der Unia: «Ich mache das nicht nur für mich, sondern vor allem auch für die Gemeinschaft.» Vor 15 Jahren kam ein Sekretär der Unia auf die Baustelle und hat da Silva von der Gewerkschaft überzeugt. Am Wochenende ist er als Delegierter der Baugruppe zur Unia-Versammlung nach Bern gereist. «Wir haben über die Resultate der Lohnverhandlungen abgestimmt» (siehe Seite 9). Die Lohnerhöhung von 1,4 Prozent findet da Silva völlig ungenügend angesichts der Teuerung und der stark steigenden Krankenkassenprämien. Er sagt: «Wenn das über zehn Jahre so weitergeht, verarmen wir.» Mit seinen Kollegen spricht da Silva aber in der Regel nicht über seinen Lohn. Nur so viel könne er sagen: Er verdiene mehr als den Mindestlohn.

STREIK UND STREIKBRECHER. Bei den Verhandlungen für die Erneuerung des Landesmantelvertrags (LMV) im Jahr 2022 hat da Silva auch schon mal gestreikt. Er sagt: «Das war damals eine sehr emotionale Geschichte, denn es gab einige Streikbrecher, die nicht verstehen wollten, dass wir zusammen kämpfen müssen.» Aber am Ende

sei der Streik dann doch sehr erfolgreich gewesen.

RÜCKKEHR NACH PORTUGAL. Auch wenn da Silva seit fast 20 Jahren in der Schweiz lebt, möchte er sich nicht einbürgern lassen. Die Schweiz habe zwar die besseren Löhne, aber insgesamt sei für ihn das Le-

ben in Portugal reichhaltiger und attraktiver: «In der Schweiz leben die Leute für die Arbeit. In Portugal arbeiten die Leute für das Leben.» Deshalb möchte er, sobald seine Schwiegereltern in zwei Jahren pensioniert werden, mit seiner Familie in seine Heimat zurückkehren und sich mit einem Baugeschäft selbstständig machen.



LUIS FILIPE DA SILVA FARIA
FUSSBALL, WANDERN UND LESEN

Luis Filipe da Silva Faria lebt mit seiner Frau und ihrem gemeinsamen achtjährigen Sohn im Basler Dreirosenquartier. Als Kind träumte da Silva von einer Karriere als Profifussballer. Als Vierzehnjähriger spielte er während neun Monaten im Nachwuchsteam von Vitória, dem Club seiner Heimatstadt Guimarães. Auch heute verpasst da Silva keine Vitória-Spiele, wenn auch bloss noch als TV-Zuschauer. Und auf dem Fussballplatz des FC Kleinhüningen feuert er seinen Sohn an. Ab und zu trifft sich der Baubüezer auch noch auf ein Freundschaftsspiel mit seinen Kollegen.

BÜCHER. Am Wochenende geht der Familienvater gerne mit Frau und Kind spazieren oder schlitteln im Park. Im Sommer zieht es da Silva zum Schwimmen an den Rhein oder für Wanderungen in die Berge. Und mindestens einmal im Jahr besucht er seine Verwandtschaft in Portugal, oder seine Eltern besuchen ihn in der Schweiz. In seiner Freizeit liest da Silva auch sehr gerne Bücher. Am liebsten hat er Geschichten, die auf wahren Begebenheiten basieren. Die letzte Geschichte mit dem Titel «O Refugiado» handelte von Geflüchteten aus Syrien, die in Deutschland ein neues Leben aufbauen mussten, von ihren Träumen und ihrer lebensgefährlichen Flucht.



MIT AKKUSCHRAUBER UND KLEMMBALKEN: Da Silva schätzt es, wenn Baustellen gut organisiert sind.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Hans Baumann, Peter Bodenmann, Oliver Fähmi, Laura Gonzalez, Chris Kelley, Sandra Künzi, Maria Künzi, Jean Ziegler, Clemens Studer, Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia